

Annoncen  
Annahme-Bureaus:  
In Posen bei  
Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)  
Breitestraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Ch. Spindler,  
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4;  
in Grätz b. Hrn. L. Streitand;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig,  
Hamburg, Wien und Basel;  
Haasenstein & Vogler.

# Poener Zeitung.

Dreihundertseitigster

Jahrgang.

M. 37.

Montag, 14. Februar

Annoncen  
Annahme-Bureaus:  
In Berlin  
Wien, München, St. Gallen:  
Adolph Moß;  
in Berlin:  
A. Reitemeyer, Schloßplatz  
in Breslau,  
Kassel, Bern u. Stuttgart;  
Sachs & Co.;  
in Breslau: A. Jenke;  
in Frankfurt a. M.:  
S. L. Danke & Co.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierthalb für die Stadt Posen 12 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 14 Sgr. die fünfgesetzte Zeile oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Erledigung zu richten und werden für die am selben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

## Amtliches.

Berlin, 12. Februar. Sr. M. der König haben Allerhöchst geruht: Dem kaiserlich österreichischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Grafen v. Wimffen in Berlin den Rothen Adler-Orden I. Kl. und dem Sekretärschef im kaiserlich österreichischen Handels-Ministerium v. Pretis Cagnodo den Rothen Adler-Orden II. Kl. mit dem Stern, dem kaiserlich russischen Zoll-Direktor, Staatsrat Twerdansky zu Wirsam, den Kronen-Orden II. Kl. dem Wirkl. Mitgliede der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Pest, Dr. F. S. Zingerer, den Kronen-Orden III. Kl. und dem Vice-Konsul des Norddeutschen Bundes in Peterhead, Robertson, den Kronen-Orden IV. Kl. sowie dem Kreisgerichts-Sekretär Stöver in Bremen den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Dem R. Eisenbahnbau-Inspektor Reitemeyer zu Nordhausen ist die von ihm seither kommissarisch verwaltete dortige Betriebs-Inspektor-Stelle der Hannoverischen Staats-Eisenbahn nunmehr definitiv verliehen, sowie der R. Eisenbahn-Baumeister Beckmann zu Ratibor zum R. Eisenbahn-Bau-Inspektor ernannt und demselben eine Betriebs-Inspektor-Stelle bei derselben Eisenbahn, mit dem Wohnsitz in Hannover, verliehen worden.

## Schluss des Landtags.

Berlin, 13. Febr. Gestern um 3 Uhr fand im weißen Saale des k. Schlosses in üblicher Weise der Schluss der Landtagssession statt. Der Thron war verhüllt. Vor demselben versammelten sich nicht viel über hundert Landtagsglieder, zumeist im Zivilanzuge. Die Minister trugen die kleine Uniform, ihre Reihe schloß der Finanzminister Camphausen, neben welchem der Geh. Rath Wehrmann stand. Graf Bismarck verlas die Schlussrede, nach deren Beendigung der Präsident des Herrenhauses, Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, ein dreifaches Hoch auf Sr. M. den König ausbrachte. Die Hof- und Diplomatenlogen waren leer und die Zuhörertribünen sehr spärlich besetzt. Die Thronrede lautet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern  
des Landtags!

Bei der Gründung der gegenwärtigen Sitzungsperiode war es der Wunsch der Regierung Sr. Maj. des Königs, zunächst die gefährliche Ordnung des Staatshaushalts neu zu sichern, außerdem aber wichtige Reformen der Gesetzgebung mit der Landesvertretung zu vereinbaren.

Die k. Regierung erkennt es mit Dank an, daß die beiden Häuser des Landtags zur Beseitigung der Schwierigkeiten der Finanzverwaltung bereitwillig die Hand geboten haben. Durch die Annahme des Konkordationsgesetzes ist ein wichtiger Schritt getan, um dem Staate eine freiere Bewegung in Betreff der Tilgung der Staatschulden zu ermöglichen. Die dadurch herbeigeführte Minderausgabe, sowie die anfänglichen Einnahmen des Staatshaushaltes haben es zur Genugthuung Sr. M. des Königs gestattet, für das Jahr 1870 das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staates wiederherzustellen, ohne die Steuerkraft des Landes in erhöhtem Maße in Anspruch zu nehmen. Bugleich wurde die Möglichkeit gewonnen, auch Bedürfnissen, welche vorher zurückgestellt werden mußten, Abhilfe zu gewähren. Wenn dies in Betreff manches bestreitigen Wunsches noch nicht angängig war, so wird es hoffentlich in Zukunft gelingen, durch zweckmäßige weitere Reformen und angemessene Erhöhungen einzelner Steuern sowohl zur Ermäßigung anderer als zur Vermehrung nützlicher Ausgaben die Mittel zu erlangen.

Dem Zusammenspiel des Landtags mit der kgl. Regierung wird das Land eine erhebliche Zahl nützlicher Gesetze auf den verschiedenen Gebieten der Staatsverwaltung verdanken.

Durch das Gesetz über die Großjährigkeit ist ein den gegenwärtigen Bildungsverhältnissen entsprechender einheitlicher Termin derselben für die gesamte Monarchie festgestellt worden.

Die Einrichtungen des Handelskamms haben eine den Bedürfnissen und Wünschen des Handelsstandes entsprechende Regelung erfahren.

Die Gesetzgebung in Betreff der Grundsteuer ist auf sämmtliche Provinzen der Monarchie ausgedehnt worden.

Die Reform der Lehrer-, Wittwen- und Waisenkassen konnte Dank der von Ihnen genehmigten Finanzmaßregeln zur gesicherten Durchführung gelangen.

Das Kreditwesen in den Provinzen Hannover und Hessen-Nassau ist in Übereinstimmung mit den Wünschen der Provinzialvertretungen neu geregelt worden.

Durch die Gesetze über die Rheinschiffahrt und über die Schönzeit des Wildes, sowie durch eine Reihe anderer Gesetze wird allseitig erkannen Bedürfnissen abgeholfen.

Dagegen sind die wichtigen Vorlagen, durch welche umfassende Reformen auf dem Gebiete der inneren Verwaltung, der Rechtspflege und des Unterrichtswesens angebahnt werden sollen, nicht zum Abschluß, zum Theil noch nicht zur Erledigung in einem der beiden Häuser gelangt.

Die Regierung Sr. Majestät hatte bei der frühzeitigen Vorlegung der betreffenden Entwürfe auf einen gunstigeren Verlauf der Berathungen um so mehr rechnen zu dürfen geglaubt, als sie ihrerseits bestrebt gewesen war, in den vorgelegten Entwürfen die Grundlagen für einen befriedigenden Ausgleich der verschiedenen Interessen und Ausschaffungen darzulegen.

Die bisherige Berathung der Kreisordnung hat in wesentlichen Theilen des vorgelegten Entwurfs Abweichungen der Ansichten des Hauses der Abgeordneten von denen der kgl. Regierung konstatiert. Demungeachtet gibt die kgl. Regierung die Hoffnung nicht auf, daß auf den Grundlagen des Entwurfs eine allseitige Verständigung erreicht sei, und daß die weitere Berathung in beiden Häusern wenn nicht zu einer endgültigen Vereinbarung, doch zu einer erwünschten Klärung der Ausschaffungen führen und hierdurch die künftige Löfung der Aufgabe erleichtert werde.

Die k. Regierung ist ferner von der Ansicht durchdrungen, daß die beabsichtigte Reform des Hypothekenwesens einem dringenden Bedürfnisse, besonders des Grundbesitzes, entspricht. In dieser Ueberzeugung hatte die k. Regierung im Hinblick auf die bevorstehende Session des Reichstags des Norddeutschen Bundes einstweilige Vertragung des Landtags und die Wiederaufnahme der begonnenen wichtigen Arbeiten nach einigen Monaten für angemessen erachtet. Sie wurde hierbei einerseits durch die gebotene Rückstift auf die größere nationale Gemeinschaft, zugleich aber vor der Hoffnung geleitet, daß die seit der Vertragung der Vorbereitung einer weiteren Verhandlung über die wichtigen Reformgesetze förderlich sein werde.

Stattdem der Antrag auf Vertragung vor dem einen der beiden Häuser abgelehnt worden ist, liegt es in der Absicht der Regierung Sr. Majestät, durch eine außerordentliche Session dem Landtag zur Sicherstellung wenigstens eines Theiles der Ergebnisse der bisherigen Berathungen Gelegenheit zu geben.

Die gegenwärtige Session der beiden Häuser des Landtags erläutert im allerhöchsten Auftrage Sr. M. des Königs hiermit für geschlossen.

## Deutschland.

Berlin, 13. Febr. Im ersten Augenblick dürfte es überraschen, daß in der Rede, mit welcher Graf Bismarck im Namen des Königs die Landtagssession geschlossen, der auswärtigen Politik mit keiner Silbe Erwähnung gethan ist. Indes erklärt sich dies sehr leicht, wenn man bedenkt, daß ja die auswärtigen Angelegenheiten Preußens jetzt vollständig in die Kompetenz des Norddeutschen Bundes übergegangen sind. Auch wird ja schon am Montage bei Eröffnung des Reichstages Gelegenheit geboten zu konstatiren, daß die Beziehungen des Bundes zu sämmtlichen auswärtigen Mächten die besten sind, und daß das gegenwärtige Jahr mit den günstigen Aussichten für eine dauernde Erhaltung des Friedens begonnen hat. Seit Schluss der vorigen Session sind 13 Mandate zum Reichstag zur Erledigung gelangt. In 9 der bezüglichen Wahlbezirke haben bereits die Neuwahlen stattgefunden, und zwar im ersten stralsunder Wahlbezirk gewählt Landdrost v. Hagemeister (Kammerherr v. Heinen), im 1. mindener (Generalmajor v. d. Golz), im 3. mindener (Gutsbesitzer Niendorf), im 7. düsseldorfer (Prof. Aegidi), im 11. düsseldorfer (Kaufmann Seyffardt) und im 5. trierer (Rentner v. Sybel). In 11 Bezirken steht die Wahl noch aus, nämlich im 3. merseburger (Freih. v. Seydel) u. im 4. erfurter (Freih. v. Heydt), im 2. düsseldorfer (Camphausen) und im 3. hessischen (Dr. Bernhardi). — Nach den Vereinbarungen zwischen den Zollvereinstaaten sollen die Kosten der laufenden Verwaltung der Zölle und Bundessteuer im Bezirk der vereinsländischen Hauptzollämter zu Lübeck und Hamburg vom Zollverein getragen werden, und die preußische Regierung war ersucht worden, die Kosten vorläufig vorzuschieben und von den zur Vertheilung zu stellenden Zolleinnahmen in Abzug zu bringen. Der Vorsitzende des Zollbundesträters hat nun an diesen eine Mitteilung gerichtet, welche in Bezug auf dieses Verfahren und auf die Rechnungslegung darüber nähere Vorschläge macht. Es wird als in der Natur der Sache liegend bezeichnet, daß die zu leistenden Ausgaben zunächst aus den Einnahmen der gedachten Hauptzollämter gedeckt und nur so weit diese nicht ausreichen, von Preußen vorgezogen werden. Über die Revision der Jahresrechnungen und alles, was sonst auf die Regelung des ganzen Verfahrens Bezug hat, soll nach der Gründung des Vorsitzenden jetzt eine Beschlusnahme erfolgen. Einstweilen sind die Rechnungen der beiden Hauptzollämter für 1868 nebst den bei der Provinzial-Steuerdirektion zu Glückstadt über die Revision dieser Rechnungen aufgenommenen Protokollen dem Zentralbüro des Zollvereins übergeben werden. — Nach den Vorschriften über den Nachweis der Fähigkeit als Seeschiffer und Seesteuermann auf deutschen Kaufahrtschiffen hat der Bundesrat des Norddeutschen Bundes Anordnungen über das Prüfungsverfahren und die Zusammensetzung der Prüfungskommission zu treffen. Zur Erfüllung dieser Vorschrift sind nun von Seiten des Bundeskanzlers zwei Entwürfe, nämlich über die Prüfung für große Fahrt und über die Prüfung für kleine Fahrt, dem Bundesrat zur Beschlusshandlung vorgelegt worden. — Von Seiten des Handelsministers war durch eine im vorigen Jahre ergangene Verfügung den kgl. Eisenbahndirektionen und Kommissariaten aufgegeben worden, über alle auf den Eisenbahnen vorkommenden Unfälle genaue Quartals-Uebersichten einzufinden. Da diese Uebersichten bisher noch nicht den gestellten Anforderungen vollständig entsprechen, so hat der Handelsminister über denselben Gegenstand eine neue Verfügung erlassen und verschiedene Vorschriften in Bezug auf die Fassung dieser Uebersichten ertheilt. Zunächst wird besonders die Vollständigkeit der Uebersichten verlangt; auch die etwa schon in Spezialberichten dargestellten Unglücksfälle sollen in die Quartals-Uebersichten aufgenommen werden. Ferner soll der Thatbestand des Unfalls vollständig hervorgehoben werden mit genügendem Hinweis auf Ursache und Folgen desselben. Besonders soll auch auf die Dienstvertragslügen Rücksicht genommen werden und daran diejenigen Vorschläge geknüpft werden, welche auf etwaige Verbesserung der Bahn und des Betriebsmaterials zu nehmen sind. Endlich soll erfichtlich sein, ob bei allen Unfällen, bei welchen Menschen verletzt oder gelödet worden sind, den staatsanwaltschaftlichen Behörden Anzeige gemacht worden ist. — Von den Vorsitzenden mehrerer Feuerversicherungsgesellschaften sind an den Handelsminister Anträge in Bezug auf die polizeilichen Vorschriften für den Verkehr mit Petroleum gestellt werden. Namentlich ist dabei das Augenmerk auf die Behandlung der mit Petroleum beladenen Fahrzeuge in den Hafenplätzen gerichtet und eine Verschärfung der polizeilichen Vorschriften beantragt worden. Mit Rücksicht hierauf sind nun die Regierungen aufgefordert worden, sich über diesen Gegenstand gutachtlisch zu äußern, damit das Bedürfnis etwaig weitergehender Anordnungen als der bisher bestehenden klar gestellt werde.

Berlin, 13. Febr. [Schluß des Landtags.] Die Mehrzahl der Landtagsglieder hat noch gestern Abend Berlin verlassen; Präsident v. Forckenbeck tritt morgen Abend seine Rückreise an und wird sich vorläufig an den Berathungen des Reichstages nicht beteiligen. Heute Vormittag fand die Übergabe der Kasse, der Bureaus und der Sitzungsräume des Abgeordnetenhauses durch den Präsidenten v. Forckenbeck an den Kommissar des Ministeriums des Innern, Geh. Reg.-Rath v. Wolff statt. — In einer der nächsten Sitzungen des Bundesrates wird über den Präsidialantrag der Ausarbeitung von Entwürfen zu Bundesgesetzen über die Gerichtsverfassung und den Konkurs vorbehaltlich der Beschlusshandlung über die formelle Behandlung der ausgearbeiteten Entwürfe besprochen werden. Die Motivirung des Antrages verweist auf den Reichstagsantrag wegen Ausdehnung der Bundesgesetzgebung auf das gesamte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren mit der Gerichtsorganisation. Der Bundesrat hatte bekanntlich beschlossen, den Antrag „zur Zeit“ abzulehnen. Der Bundeskanzler geht nun von der sicheren Erwartung aus, diesen Gegenstand während der bevorstehenden Session wieder angeregt zu sehen und wünscht in diesem Falle unter Hinweis auf den Beschlusshandlung des Bundesrates zugleich herzuheben, wie bis jetzt die Entwürfe zum Strafgesetzbuch zur Zivilprozeß- und zur Strafprozeßordnung für den Norddeutschen Bund in Angriff genommen seien. Als Konnex mit diesen gegegebenen Arbeiten ist nach den Motiven die Einführung einer gemeinsamen Gerichtsorganisation und einer gemeinsamen Konkursordnung für das Bundesgebiet in Anregung gebracht worden. Hinsichtlich der Gerichtsorganisation darfste nach Ansicht der Zivilprozeßordnungs-Kommission bei Einführung des von

wesentlich abgeschwächten enthalten, so daß die endgültige Vereinbarung bereits in immer weitere Ferne verschwindet und einer erwünschten Klärung der Auffassungen und einer erleichterten künftigen Lösung der Aufgabe Platz gemacht hat. In dieser Form rückt der Kreisordnungsentwurf ungefähr neben dem Unterrichtsgesetzentwurf und neben vielem Anderem, was in Preußen eben nur als Vorarbeit für künftige Lösungen betrachtet zu werden pflegt. Graf Bismarck meinte allerdings neulich in Bezug auf die Kreisordnungsangelegenheit, die Sache trage ihren Sporn in sich und sie werde nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, allein derselbe Satz ist auch auf viele andere Gegenstände anwendbar, die eben deshalb nicht von der Tagesordnung verschwinden, weil ihre definitive Lösung nicht zu beschaffen ist. Er beweist nicht allein die Wichtigkeit des Gegenstandes, sondern auch die in den Verhältnissen und Personen wurzelnde Unfähigkeit dieser Wichtigkeit gerecht zu werden und die zu einer Lösung erforderlichen Vorbereidungen zu schaffen. Als die Berathungen der Vertrauensmänner der Fraktionen resultatlos verlaufen waren, sprachen wir die Ueberzeugung aus, daß der Kreisordnungsentwurf damit für diese Session als erledigt zu erachten sei und im Wesentlichen scheint sich die Sache auch so gestalten zu wollen, wenn die Berathung auch seit damals noch etwas weiter fortgeführt worden ist. Daß in der außerordentlichen Session, welche die Thronrede verheißt, die Kreisordnung noch einmal eine hervorragende Rolle zu spielen berufen sei, gilt als durchaus unwahrscheinlich. Vor allen Dingen wünscht die Regierung die Reform des Hypothekenwesens sicherzustellen. — Die „Kreuztg.“ hat noch einmal die Befriedigung, die in den letzten Tagen zurückliegenden Gerüchte wegen Rücktrittes des Hrn. v. Mühlner als unbegründet bezeichnen zu können und ihrer Autorität in diesem Punkte wird Niemand zu widersetzen wagen. Wir können daher auch nur konstatiren, daß in parlamentarischen Kreisen das bezeichnete Gerücht allerdings stark verbreitet war und daß in Verbindung mit demselben verschiedene Namen, namentlich auch der des Präsidenten des Konsistoriums in Kiel, Dr. Mommen, als Erzähler genannt wurde. Daß es sich um keine beschlossene Sache handelt, ist wohl unzweifelhaft, auch sehen wir die Schwierigkeit der Lage für den Kultusminister durch die jüngsten Vorgänge im Abgeordnetenhaus nicht als so erheblich gesteigert an, daß darin der Grund zu seinem Rücktritt, wenn nicht noch andere Momente hinzutreten, gefunden werden könnte. Daß solche Momente vorhanden sind und daß zu ihnen namentlich auch das erhaltete Verhältnis des Hrn. v. Bismarck zum Kultusminister gehört, unterliegt kaum einem Zweifel, die Frage ist nur, ob derartige Motive, die bisher den Ausschlag gegen Hrn. v. Mühlner zu geben nicht vermochten, dasselbe jetzt zu thun im Stande sind. Jedenfalls, so lange Frau v. Mühlner — die bekanntlich in dieser Kultusfrage von besonderer Wichtigkeit ist — die Partie für ihren Mann nicht verloren giebt, so lange glauben wir es auch nicht thun zu sollen. — Die „Zeidl. Korr.“ bringt allerlei von der „Kreuztg.“ wiederholte und besonders hervorgehobene Gerüchte über Schwierigkeiten, welche bei der letzten Berathung der Vertrauensmänner der national liberalen Partei bezüglich der Feststellung eines positiven sachlichen Programms vorgekommen sein sollen. Wie alle wissen, die der Versammlung beigewohnt, ist an diesem Gerede gar nichts. Die Versammlung hatte Dringendestes zu thun, als sich mit dem Speisezettel aller möglichen und wünschenswerthen Forderungen zu befassen, den man Programm zu nennen pflegt, und die Rede des Abg. Lasker erläuterte ausdrücklich diesen Punkt und wies darauf hin, daß die in allen wichtigen Fragen genügend bewährte Thätigkeit der Partei ihr wahres und einziges Programm sei und bleiben müsse.

Berlin, 13. Febr. [Schluß des Landtags.] Die Mehrzahl der Landtagsglieder hat noch gestern Abend Berlin verlassen; Präsident v. Forckenbeck tritt morgen Abend seine Rückreise an und wird sich vorläufig an den Berathungen des Reichstages nicht beteiligen. Heute Vormittag fand die Übergabe der Kasse, der Bureaus und der Sitzungsräume des Abgeordnetenhauses durch den Präsidenten v. Forckenbeck an den Kommissar des Ministeriums des Innern, Geh. Reg.-Rath v. Wolff statt. — In einer der nächsten Sitzungen des Bundesrates wird über den Präsidialantrag der Ausarbeitung von Entwürfen zu Bundesgesetzen über die Gerichtsverfassung und den Konkurs vorbehaltlich der Beschlusshandlung über die formelle Behandlung der ausgearbeiteten Entwürfe besprochen. Die Motivirung des Antrages verweist auf den Reichstagsantrag wegen Ausdehnung der Bundesgesetzgebung auf das gesamte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren mit der Gerichtsorganisation. Der Bundesrat hatte bekanntlich beschlossen, den Antrag „zur Zeit“ abzulehnen. Der Bundeskanzler geht nun von der sicheren Erwartung aus, diesen Gegenstand während der bevorstehenden Session wieder angeregt zu sehen und wünscht in diesem Falle unter Hinweis auf den Beschlusshandlung des Bundesrates zugleich herzuheben, wie bis jetzt die Entwürfe zum Strafgesetzbuch zur Zivilprozeß- und zur Strafprozeßordnung für den Norddeutschen Bund in Angriff genommen seien. Als Konnex mit diesen gegebenen Arbeiten ist nach den Motiven die Einführung einer gemeinsamen Gerichtsorganisation und einer gemeinsamen Konkursordnung für das Bundesgebiet in Anregung gebracht worden. Hinsichtlich der Gerichtsorganisation darfste nach Ansicht der Zivilprozeßordnungs-Kommission bei Einführung des von

ihre aufgestellten Entwürfe die Gerichtsverfassung innerhalb bestimmter Grenzen nach den von der Kommission näher bezeichneten Grundzügen einheitlich geregelt werden. Andererseits wird daran erinnert, daß die Einführung einer gemeinschaftlichen Konkursordnung in der ersten Session des Reichstags zum Gegenstand einer Interpellation gemacht worden war, und daß die Frage schon deshalb verneint werden mußte, weil die Zivilprozeßordnungsentwürfe, welche der Kommission als Grundlage ihrer Beratung dienten, auf das Konkursverfahren sich nicht erstreckten. Allein schon damals wurde das Bedürfnis einer gemeinschaftlichen Konkursordnung für den Bund anerkannt und in Aussicht gestellt, daß nach Vollendung der Zivilprozeßordnung dem Bedürfnis Rechnung getragen werden sollte. Die in Aussicht stehende Einheitlichkeit des Prozeßrechtes und die dadurch wenigstens in allgemeinen Grundzügen bedingte Einheitlichkeit der künftigen Gerichtsverfassung, insonderheit aber die bereits erreichte Einheitlichkeit des Handelsrechtes, bei welchem eine Konkursordnung vorgezugsweise in Betracht kommt, werden als Hauptmotive für die einheitliche Regelung des Konkursrechtes hingestellt und hinzugefügt wird, daß ein Hinweis auf die zur Herbeiführung einer einheitlichen Gerichtsorganisation und Ausarbeitung einer gemeinsamen Konkursordnung bereits getroffene Einleitung die Motivierung der Ablehnung des weitreichenden Reichstagsantrages durch den Bundesrat nur verstärken können würde. — Die einzelnen Etatsgruppen zum Bundeshaushalt für 1871 sind zumeist bereits an die Mitglieder des Bundesrates vertheilt resp. im Bundesrat bereits erledigt worden; nur der Militärrat ist noch nicht ausgegeben. Im Großen und Ganzen ist der Etat unverändert derselbe geblieben, nur die Erwerbung von Dienstgebäuden, die Arbeiten der verschiedenen Kommissionen zur Ausarbeitung von Bundesgesetzen &c. haben u. A. Abänderungen nötig gemacht. Das mit Preußen getroffene Abkommen des Bundes, wonach die Normal-Eichungskommission der letzteren die Geschäftsräume des Eichamts in Berlin mit benutzt, ist aufgehoben, und demnach für die Kommission ein eigenes Ammobil zu beschaffen. Dies wird in Zukunft einen Mehraufwand von 700 Thlr. jährlich erheben. — An Pension für ehemalige schleswig-holsteinische Offiziere, deren Witwen &c. sind 1869 gezahlt beinahe 82,000 Thlr.; die Pensionen für die noch nicht berücksichtigten Unteroffiziere der früheren schleswig-holsteinischen Armee belaufen sich auf ungefähr 50,000 Thlr., und der gesammelte Bedarf auf 132,000 Thlr. Die Zivilprozeßordnungskommission kostete im Jahre 1869 28,000 Thlr., die Ausarbeitung des Strafgesetzbuches und der Strafprozeßordnung 10,000 Thlr., die Beaufsichtigung des Auswanderungswesens 2500 Thlr., die Bearbeitung des See-Signalbuches 1500 Thlr. Für die Liquidationskommission in München sind 4000 Thlr. und für Maßregeln gegen die Kinderpest 67,000 Thlr. verwendet worden.

— Der „St. Anz.“ veröffentlicht einen Allerhöchsten Erlass vom 15. Januar c. betreffend die Verleihung des Rechts zur Erhebung eines Chausseegeldes in Bezug auf die von den Gemeinden Schönholzhausen und Schlipprühnen, im Kreise Meschede des Regierungsbezirks Arnsberg, ausgebauten Kontinuitätsstrasse von Haus Bamenohl an der Lenne-Staatsstraße bis zur Amtsstraße zwischen Serkenrode und Eslohe.

— Auf Anregung des Professors Dr. v. Holzhendorf wird hier eine Petition an den Reichstag, um Aufhebung der Todesstrafe, kolportiert.

— Nach den Anträgen des 4. und 6. Ausschusses hat der Bundesrat den Anfangstermin für das Inkrafttreten der Gesetze, betreffend das Urheberrecht und den Schutz der Photographien, in den Entwürfen auf den 1. Januar 1871 festgestellt. Der Geh. Ober-Postrath Dr. Dambach ist zum Kommissar des Bundesrats zur Vertretung dieser beiden Gesetze im Reichstage ernannt worden.

— Der Justizminister hat sämtlichen Gerichten der Monarchie die Ausfertigung von Tabellen aufgegeben, aus welchen ersichtlich ist, wie viele Personen unter vierzehn Jahren während der letzten drei Jahre bestraft worden sind. Diese Maßregel hat ihren Grund darin, daß man berücksichtigt, die Strafen gegen jugendliche Verbrecher für die Zukunft in besonderen Korrektionsanstalten vollstreken zu lassen.

— Die „B. B. Ztg.“ hört in bestimmter Weise, daß die Vorlegung des Entwurfs eines Verfischerungsgesetzes im Laufe der in den nächsten Tagen beginnenden Session des Reichstages nicht erfolgen werde. Leider scheint die so dringend wünschenswerte Regelung dieser wichtigen Angelegenheit abermals auf unbestimmte Zeit vertagt zu sein.

— In den Landesansammlungen der national-liberalen Partei, dessen Liste, sobald sie vollständig abgeschlossen sein wird, veröffentlicht werden wird, ist auch der Oberbürgermeister Kieschke zu Königsberg i. Pr. eingetreten.

— Der Oberbürgermeister zu Köln hatte sich in mehrmaligen Eingaben an das Kriegsministerium gewandt, um die Genehmigung zur Erweiterung der Stadtthore Kölns zu erwirken. Darauf ist unter dem 28. v. M. vom allgemeinen Kriegsdepartement ein Bescheid ergangen, an dessen Schlusse es heißt:

Mit Rücksicht auf die in neuester Zeit angelnüpften Verhandlungen über eine Erweiterung der Festung Köln empfiehlt es sich nicht, über die beabsichtigten Thoranlagen schon jetzt definitiv zu entscheiden. Dem Ober-Baumusteramt wird jedoch anheimgegeben, in Betriff eventueller Bereitstellung der dazu erforderlichen Geldmittel schon jetzt das Weiter zu veranlassen, um für den Fall, daß die Verhandlungen über die Stadtverteidigung zu keinem Resultate führen, einen baldigen Abschluß der Frage, betreffend die Verbreiterung der Thorpassagen, zu ermöglichen. Was die fernerere Fragepunkte über eine Festigung von Köln, bezüglich das Heranziehen der Vorstädte in die Festigung im Fall einer Erweiterung der Festung bestellt, so bemerkt das Departement, daß das Staatsinteresse eine Festigung von Köln voraussichtlich niemals gestatten wird und daß die Ermitteilungen über eine etwaige Erweiterung der Festigung noch nicht in demjenigen Stadium angelangt ist, in welchem mit Sicherheit die Lage der Vorstädte zu der neuen Enceinte festgestellt werden kann. Es läßt sich jedoch schon jetzt übersehen, daß durch detachirte Forts eine Sicherung derselben in dem ersten Stadium einer Belagerung im Halle der Erweiterung der Festigungswerke wohl zu erreichen sein wird.

Dresden, 12. Febr. Die erste Kammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung das Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten ohne Debatte. Der von der zweiten Kammer gefasste Beschluß, die Regierung möge dahin wirken, daß sämtliche zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staaten ihre besondere diplomatische Vertretung aufzugeben, wurde abgelehnt. — In der Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde der von der Deputation gestellte Antrag auf Verschmelzung der „Leipziger Zeitung“ mit dem „Dresdener Journal“ mit 33 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Schwerin, 13. Febr. (Tel.) Der Ministerpräsident Graf Bassewitz ist mit einer Majorität von über 6000 Stimmen gegen etwa 800 zum Abgeordneten des Reichstags wieder gewählt worden.

Aus Baden, 5. Febr. Nach dem in der II. Kammer erstatteten Kommissionsberichte soll der Spielpact in Baden in letinem Falle über den 31. Dez. 1872 hinaus verlängert werden, indem an diesem Tage auch

die Hazardspiele in Wiesbaden, Ems &c. ihr Ende erreichen. Dagegen soll der Kurort Baden nach Aufhebung des Spiels in jedweder andern möglichen Weise entzöglicht werden. Alle Einrichtungen sollen verschönert, auch ein neues Dampfbad im Werthe von 800,000 fl. errichtet werden. Am Schluß des Jahres 1872 soll der Baufonds (jetzt 1,200,000 fl.) 1,750,000 fl. betragen.

München, 12. Febr. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde der Adressentwurf der Majorität mit 78 gegen 62 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung fehlten 2 Stimmen von der Patriotenpartei und 11 von den Liberalen. Die 10 beanstandeten liberalen Wahlen (München und Günzburg) wurden heute für ungültig erklärt.

Augsburg, 11. Febr. Die Redaktion der „Allg. Ztg.“ veröffentlicht an der Spitze ihres Blattes folgende Erklärung: Ein schweres Mißgeschick hat einen unserer ältesten und bewährtesten Mitarbeiter betroffen. Herr Dr. Albert Dresel, ein aus Magdeburg gebürtiger, schon seit mehr als 30 Jahren in Rom ansässiger und durch die engen Familienbande längst zum Römer gewordener (katholischer) Gelehrter, der während dieser langen Zeit mit der „Allgemeinen Zeitung“ in Beziehung gestanden und durch die zuhause und manchmal sehr harte Haltung seiner Mitteilungen an uns nie auch nur den leisesten Anlaß zur Beschwerde gegeben, hat am 4. Febr. vom Generalsekretär der römischen Polizei, Marchese Pio Capranica, den — angeblich direkt von Sr. Heiligkeit dem Papste ausgehenden — Befehl erhalten, Rom zu verlassen, „weil er der Verfasser der feindlichen Artikel der „Allg. Ztg.“, d. h. der „Römischen Briefe über das Konzil“ sei.“ Die ehrenwerte Versicherung vom Gegenteil und die Fürsprache des preußischen Gesandten konnten den fast erblindeten, alten Mann nicht vor dem Orde seiner Verfolger schützen. Um unsererseits nichts unver sucht zu lassen, eine so harte und durch nichts gerechtfertigte Maßregel von unserem Onr. Korrespondenten abzuwenden, so erklärten wir hiermit auf Ehre und Gewissen, daß Dr. Albert Dresel an der Autorschaft der „Römischen Briefe über das Konzil“ und an anderen, in Rom für feindlich galten den Korrespondenten unseres Blattes nicht den mindesten Anteil hat.

Augsburg, 12. Febr. Die „Allg. Ztg.“ veröffentlicht eine von der Mehrzahl der Dozenten an der theologischen Akademie zu Münster unterzeichnete Zustimmungssadresse an den Stiftsprobst Döllinger.

### Ö s e c k r e i c h .

Wien, 10. Febr. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde das Koalitionsgebot mit großer Majorität angenommen. — Vom Unterrichtsministerium ist ein Gesetzentwurf eingegangen, welcher die Befolging der Lehrer an den vom Staate erhaltenen Mittelschulen (Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen) normirt. Das Gehalt der wirklichen Lehrer an diesen Schulen wird für Wien mit 1200 fl., für die übrigen Mittelschulen erster Gehaltsklasse mit 1000 fl., der zweiten Gehaltsklasse mit 900 fl. und der dritten mit 800 fl. bestimmt.

— Der Abg. Lapenna brachte eine Interpellation wegen Abschaffung Dalmatiens an das Eisenbahnen der Monarchie ein.

— Der „N. R. Pr.“ zufolge soll Hofrath Fiedler, derzeit Statthalter-Vizepräsident in Triest, eine leitende Stellung im Ministerpräsidium erhalten. Man glaubt, daß der genannte Beamte bestimmt sei, die Agenten der Staatspolizei, welche dem Ressort des Ministerpräsidenten einverlebt werden sollen, zu übernehmen und gleichzeitig als zisalpinischer Prefleiter zu fungieren. Die durch Ernennung des Abg. Vanhans zum Ackerbauminister erledigte Stelle eines Sekretärs im Ministerium des Innern ist dem Abg. v. Demel angeboten, von diesem aber abgelehnt worden; Minister Giskra hat darauf mit andern Mitgliedern des Abgeordnetenhauses Unterhandlungen angelaufen.

— Zum heutigen Hofballe sind sämtliche Mitglieder beider Häuser des Reichstheates geladen, was zuvor noch nie geschehen ist.

Brest, 10. Febr. Der Unterrichtsminister Baron Götzvöss beabsichtigt, nach vollzogener Reorganisation der Pester Universität einige hervorragende wissenschaftliche Kapazitäten des Deutschlands unter glänzenden Bedingungen zu Vorlesungen an der Pester Hochschule einzuladen; er beruft sich dafür auf den Zudrang zu Bogis in deutscher Sprache gehaltenen Vorlesungen.

### F r a n k r e i c h .

Paris, 11. Febr. Neben die Unruhen vom 9. Febr. wird der „Kölner Ztg.“ geschrieben:

Die Behörden selbst hatten für gestern ungewöhnliche Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Alle Truppen waren consigniert und zum Ausräumen bereit. In den Champs-Elysées, in der Nähe des Industriepalastes, war Reiterer und die ganze Polizeimannschaft, so wie die Garde de Paris auf den verschiedenen bedrohten Punkten verteilt. Der Kaiser und sein Stab waren in Uniform, um, falls die Gefahr größer werden sollte, sofort zu Pferde zu steigen. Man legt ihm die Worte in den Mund: „Ich hoffe, daß mir die parlamentarische Regierung nicht verbieten wird, im Halle, daß die Gefahr ernst wird, an der Seite des Kriegs-Ministers gegen die Insurgenten zu reiten.“ Bu einer Intervention der Truppen kam es aber nicht. Der Beginn des Abends war zwar ziemlich stürmisch, d. h. es wurden wieder Versuche mit dem Blau von Barricaden gemacht, vielfach von den Agenten gestoppt, auch Verhaftungen vorgenommen, aber nirgends wiederholten sich die ersten Vorgänge, welche den gestrigen und vorgestrigen Tag bezeichneten. Die Läden waren alle geschlossen, nur die Wein- und Kaffewirthalle hatten ihre Thüren wieder halb offen gelassen. Die Garde de Paris war ungefähr 1000 Mann an Fußvolt und Reiterer in der Avenue de Belleville consigniert. Von 4 Uhr an hatten sich große Volksmassen in dem Faubourg du Temple angegähmt. Dieselben schienen immer noch in höchster Erregung zu sein und versuchten an mehreren Stellen, wie am Eingange der Rue St. Maur, wo auch ein Polizeidreher verwundet wurde, in der Rue Bichat und auf dem Boulevard de Belleville Barricaden zu bauen. Die Polizei, welche in Masse vorhanden war, verteilte aber schnell alle Versuche und stürzte sofort, wo sich auch nur ein größeres Volkshaus zeigte. Am bedeutendsten waren die Polizei-Chargen wieder in der Rue St. Maur, wo auch manche Personen verwundet wurden. Die Garde de Paris schritt gestern aber nirgends ein. Nur einmal kamen 12 Mann derselben in Konflikt mit einem Haufen Meuterer. Die Soldaten waren nämlich mit einem Omnibus nach Belleville gefahren. Man hielt denselben an und die Menge stob schnell aus einander, als sie sah, daß sie es nicht mit unschuldigen Passagieren zu thun hatte. Einige der Meuterer wurden festgenommen. Die Polizeideuter traten aber mit äußerster Brutalität auf, und vielen wurden die Köpfe wieder blutig geschlagen. Mit Ausnahme einiger Arbeiter, die erklärten, man müsse sich für die Republik schlagen und der gleichen mehr, verhielten sich die übrigen alle ziemlich ruhig.

Der „Rappel“ gibt eine Liste derjenigen Mitglieder der Redaktion, die verhaftet, und der anderen, die trotz aller gegentheiligen Gerüchte noch auf freiem Fuße seien: danach sind 12 verhaftet, darunter Ulric de Fonvielle und Pascal Groussot; auch des letzteren Frau soll in Haft sein; noch auf freiem Fuße sind Arthur de Fonvielle, Achill Dubuc und Dacosta, der bereits wieder freigelassen wurde; über fünf andere fehlen noch bestimmte Nachrichten. Ferner wurden folgende nicht zur Redaktion der Marceillaise gehörige Journalisten verhaftet: Mathorel vom Rappel, Granier von der Reforme, Passedon von der Misere, ferner Levy, der Gründer der Verhältnisse im Saale Mollière, Terrail von der Reforme in Brüssel. Der Correspondant Havas zufolge bestätigt es sich auch, daß Flourens das französische Gebiet am Tage des 8. Febr. bereits verließ. Von den wäh-

rend der Unruhen am Dienstag Abend Verhafteten sind 75 in Mazas.

Die Aufruhr im gesetzgebenden Körper ist fortwährend groß. dieselbe wurde in der gestrigen Sitzung noch vermehrt durch die Diskussion, welche über die gestrigen Ereignisse stattfand. Beim Beginn der Sitzung welcher Schneider präsidierte, wurden die Berichte über zwei Propositionen Kasparis niedergelegt, von welchen die eine verlangt, daß Forcade in Anklageaufstand verhaftet werde und die zweite die Rechnungen der Stadt Paris betrifft. Es entpint sich daraus eine ziemlich stürmische Diskussion über die Projekte, die von den Deputirten ausgehen, bei welcher Gelegenheit Jules Ferry behauptet, daß das Verfahren, welches man in dieser Beziehung annehmen, einer Unterdrückung der parlamentarischen Initiative gleichkomme. Nach einer Bemerkung Magnins erhält nun Jules Ferry das Wort, um an den Minister des Innern eine Frage zu stellen. „Viele Frage hat Bezug“ so fügt Jules Ferry hinzu, auf die Ereignisse von gestern Abend (Unterbrechung). Zwei Privat Versammlungen, von welchen die eine in dem Wahlbezirk des Herrn Pelletan stattfand, wurden aufgelöst. Die Versammlung in dem zweiten wohnte der Deputirte Ordinaire an. Ein Polizei-Kommissar stellte sich dort ein und erzwang den Eintritt um eine Verordnung vorzutragen, der zufolge die Versammlung aufgelöst sei, da sie den Charakter einer öffentlichen Versammlung habe. Die Bürger, welche der Versammlung anwohnen, zerstreuten sich. (Selächter.) Sie lachen! Sie hätten es wohl lieber gesehen, daß einige der bedauerlichen Thatsachen vorfallen wären, welche die ministerielle Provokation in Paris gegenwärtig hervorruft.“ Jules Ferry belobt die Gesinnungen, welche die Bürger der Versammlung befür haben, und meint, daß dieselben nicht ausgelöscht werden könnten. Er fügt hinzu, daß die Verordnung des Polizei-Präsidenten ungemein sei und nur die Raison d'Etat, welche der Minister kurzlich zurückgewiesen habe, gerechtfertigt werden könne. Redner bestreitet schließlich der Verwaltung das Recht, darüber zu entscheiden, ob eine Versammlung öffentlich oder privat sei; dieses steht nur den Gerichten zu. Die Verwaltung habe nur das Recht öffentliche aber keine Privat Versammlung aufzulösen. Der Minister des Innern erwidert Ferry, indem er die Kaminer zum Richter macht, ob das Ministerium provoziert vorgegangen sei. Niemals — so fährt derselbe fort — wird von der Regierung eine Provokation ausgehen. Sie wird an sie gerichtete Provokationen nicht beachten, wenn sie die öffentliche Ruhe nicht in Gefahr bringen. Der Minister gefügt zu, daß er gestern drei sogenannte Privatversammlungen aufgelöst habe. Die öffentlichen Versammlungen seien verboten in Folge der unglücklichen Ereignisse des Augenblicks. Die Privatversammlungen, von welchen man spreche, hätten aber vollständig den Charakter von öffentlichen Versammlungen; man habe dort vermittelte Karten kauft und sie seien deshalb aufgelöst worden. Der Minister erinnert dann schließlich daran, daß nach einer solchen Privatversammlung am 30. Januar hr. Flourens an der Spitze einer Volksmenge mehrere Straßen Paris durchzogen habe. Ferry erwidert und fragt den Minister an, eine „Maladresse“ begangen zu haben. Ultrices erklärt, daß er am Tage, wo ihm hr. Ferry bestimmt wurde, glauben werde, eine Maladresse begangen zu haben. (Sturm auf der Linken.) Pelletan: Sie haben die Billigung dieser lieber, die Ihren Vater verbannt haben. Olivier: Mein Vater hat mir seinen Segen und seine Billigung gegeben. Garnier-Pages: Dies ist kein Lob für Sie. Olivier erklärt, daß was die Privatversammlung betrifft, die Gerichte darüber entscheiden werden. Pelletan erzählt die Thatsachen, welche in der Privatversammlung vorgefallen sind, der er anwohnte und wohin er sich begabt, um die „Maladresse“ wieder gut zu machen, welche die Regierung begangen habe. (Lebhafte Protestationen, unter welchen sich die Grafen Daru, Minister des Neuen, auszeichnet.) Ferry bittet hierauf um Aufschluß, weshalb die Redakture der „Marceillaise“ verhaftet worden seien. Olivier antwortet, daß die Verwaltung dieser Maßregel fremd sei, die von den Gerichten ausgehe. Jules Ferry erwidert, daß die Gesichtspersonen sehr dächtig seien. (Lebhafte Unterbrechung. Bar Ondnung!) Ferry wird zu Ondnung gerufen. Er fügt hinzu, daß das jetzige Regime zur Herabordnung der Gesichtspersonen geführt habe. (Neuer, furchtbare Sturm.)

Paris, 12. Febr. (Tel.) Zu Anfang der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wird dem Präsidenten ein Brief von Rochefort übergeben. Der Präsident verweigert die Annahme desselben und befragt die Kammer darüber. Dieselbe stimmt dem Präsidenten bei. Hiermit wird dieser Zwischenfall erledigt.

— „Patrie“ aufzugehen sind sehr wichtige und kompromittirende Papiere bei mehreren der verhafteten Personen gefunden worden (nach der „France“ soll daraus die Existenz eines Komplottes gegen das Leben des Kaisers hervorgehen), und werden die öffentlichen Gerichtsverhandlungen Federmann von der Gesellschaft und Richtigkeit der Verhaftungen überzeugen. Bei den Verhafteten wurden viele Revolver, Dolche und Munition gefunden. Gestern Vormittag wurde ein Polizeiagent, welcher einen Arbeiter (Mechaniker) kraft eines Verhaftungsbefehles festnahm wollte, von letzterem durch einen Revolverschuß getötet. Bei demselben wurde ein Brief von Gustav Flourens vorgefunden. Dasselbe Journal demonstriert die Nachricht von der Abreise des General Castelnau nach Petersburg. — Die Abendzeitungen veröffentlichen einen Brief Rocheforts an den Präsidenten Schneider. Der Brief beantragt, die Minister wegen Aufreizung zum Bürgerkrieg in den Anklagezustand zu setzen. — Ulric de Fonvielle ist bis auf weiteres auf freiem Fuß gelegt worden. — Sieben Redakteure der „Reform“ sind zum 18. d. vor das Zuchtpolizeigericht geladen. Zwei Redakteure des „Reveil“ sind verhaftet worden.

### S p a n i e n .

Madrid, 10. Febr. In der Budgetberathung sind die Cortes bei den Marinevoranschlägen angelommen, und haben ungeachtet des vom General Garcia de Quesada angeregten Einspruchs die Vorlagen des Marine-Ministers Lopez genehmigt. Eine Interpellation Quesadas beantwortete Lopez dahin, daß die Kriegsschiffe nie dazu verwandt werden würden, um seinem bevorzugten Thronkandidaten (dem Herzog von Montpensier) zum Throne zu verhelfen.

Madrid, 11. Febr. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Cortes beschuldigt Rivero die Karlisten, aufs Neue einen bewaffneten Aufstand vorzubereiten. Der Minister fügt hinzu, daß die Regierung nur Angesichts eines organisierten karlistischen Aufstandes den Belagerungszustand erklären würde.

### I t a l i e n .

Aus Rom wird der „Allgem. Ztg.“ unter dem 2. Febr. geschrieben:

Ein tiefer Riß geht unverkennbar durch das Konzil. Es ist nicht die einzige Frage der Unfehlbarkeit, so sehr sie auch die ganze Lage beherrscht, welche die Bischöfe entzweit. Beide Theile haben überhaupt entgegengesetzte Programme. Die Mehrheit mit ihrem Groß der 300 Konsiganten sagt und handelt nach ihrem Grundsatz: Wir sind da, da alles, was unser Herr der Papst uns vorlegt, unvergleichlich und im Wesentlichen unverändert anzunehmen. Was die Jesuiten als Priester sind, das sind wir als Bischöfe, die Herolde der päpstlichen Gewalt und Unfehlbarkeit und die ersten Verteidiger seiner Befehle. Wir stimmen also gegen jeden nicht vom Papste ausgegangenen oder genehmigten Vorschlag und verhindern konziliarisch und extra-konziliarisch alles, was dem Papste mißfallen, was die Einkünfte die Kurie schmälen müßte. So sind die 12

einen ganzen Abend zu belagern und ihm mit der Entzehrung der Subsidien für seine Diözese zu drohen, wenn er nicht ganz päpstlich stimme. In der Mitte zwischen diesen zwei gegnerischen Heerlagern befindet sich eine Gruppe von etwa 150 Prälaten verschiedener Nationalitäten, die durchschnittlich dem neuen Dogma und der Dogmaverfertigung überhaupt, zu welcher die Jesuiten den Papst treiben, abgeneigt, auch die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit mancher Reformen erkennend, doch sich offen auszusprechen und mit ihren Namen einzustehen, aus verschiedenartigen Gründen vermeiden möchten. So viel ich aus vielfältiger persönlicher Erfahrung mit den zahlreichen infallibilistisch gesinnten Bischöfen wahrnehmen kann, liegen folgende Gedanken hauptsächlich ihrem Eifer zu Grunde: Erstens wirkt bei ihnen, mit mehr oder minder Bewußtsein, die Vorstellung, daß neue Dogmen notwendig seien und man mit den alten nicht mehr ausreiche; zur Verfertigung und Durchführung derselben aber sei ein einziger unfehlbarer katholischer Diktator besser geeignet, als eine episkopale Versammlung; denn abgesehen von dem Widerspruch einer Minderheit, auf den jedes neue Dogma stoßen würde, könnten Bischöfe noch immer nur als die Beugen der in ihren Kirchen vorhandenen Ueberleiterung auftreten, wogegen der unfehlbare Papst unter direkter Inspiration des heiligen Geistes stehend, alles, was ihm einleuchtet, sofort, ohne sich um die Vergangenheit und um die Tradition der Einzelkirchen, ja, selbst der römischen Einzelkirche zu kümmern, zum Dogma und Glaubensartikel erheben kann, wie z. B. jetzt die körperliche Himmelsfahrt der Jungfrau Maria. Zweitens — und dies ist eine Hauptsage — der Unterschied zwischen theologisch gelehrt und ungewissenden Bischöfen verliert dadurch an Bedeutung; da die Bischöfe häufig bloße Verteidiger und Verteidiger päpstlicher Glaubenssätze sein sollen, so ist Unkenntnis der Theologie und Kirchgeschichte künftig für einen Bischof kein Vorwurf mehr, welcher noch einiges Gewicht hätte. Man kann sagen, daß der gesamte deutsche Episkopat und durch ihn die deutsche katholische Kirche in ihrer großer Weisheit gegen das Unfehlbarkeitsdogma sich ausgesprochen hat. Der Primas von Ungarn, Simor, hat die Adresse zwar nicht, oder bis jetzt noch nicht, unterzeichnet, sich aber in der Versammlung der Deutschen vom 16. Januar nachdrücklich gegen die Unfehlbarkeit ausgesprochen. Der ganze übrige in Rom ansiedelnde ungarische Episkopat, in der Zahl von 13 Namen hat die Gegenabreise unterschrieben; neben Simor hat es nur noch der griechisch-orthodoxe Bischof von Großwardein, Papay-Szilaghy, unterlassen. Auch die norditalienischen Bischöfe haben eine Adresse, die mit der deutschen im Wege gleichlautend ist, beschlossen. Die Adresse der Franzosen, welche am 15. Jn. 33 bei Kardinal Mathieu versammelte Bischöfe beitreten, ist im Text etwas verschieden von der deutschen, in der Hauptfache aber doch gleichen Inhalts und man hofft noch bis 40 Unterschriften für dieselbe zu gewinnen. Zwanzig der französischen Bischöfe haben sie überhaupt nicht unterzeichnet, etwas weniger als 20 haben die Mannigfache Adresse unterschrieben, so daß doch zweimal so viele Franzosen auf der Oppositionsseite als auf der der Definitionisten stehen. Dazu kommen noch 17 Anglo-Amerikaner, welche die deutsche Adresse, aber mit Beglaßung derselben Sätze, die auch in dem Texte der französischen ausgesprochen sind, angenommen haben; wogegen die Nord-Italiener dieselbe sich unverändert aneigneten. Auf solche Weise hat die Opposition gegen das Dogma einen universellen, die verschiedenen Nationalitäten umfassenden Charakter erhalten. Da dürfte es doch kaum thunlich sein, ein neues Dogma durch eine Mehrheit der Kopfzahl zu entscheiden."

### Großbritannien und Irland.

**London**, 11. Febr. Der Gesundheitszustand Brights ist einigermaßen beunruhigend. Seine Absicht, sich nach Rochdale und Schottland zu begeben, hat er vorerst aufgegeben und wird noch keine Reise wagen. Seine Gattin ist wahrscheinlich heute schon aus Rochdale hier eingetroffen. Wie es heißt, ist das Leiden Brights ähnlicher Natur wie die Krankheit, welche ihn vor mehreren Jahren beinahe eine ganze Session hindurch von seinem Platze im Unterhause fernhielt. Vollständige Ruhe von aller geistigen Arbeit für einige Zeit soll das beste Mittel für seine Wiederherstellung sein. Nun soll auch Gladstone erkrankt sein; und daß Lord Clarendon sehr an der Gicht leidet, ist bekannt. Traurige Aussichten für die eben begonnene Session. — Dass O'Donovan Rossa, als berühmter Verbrecher von der sinnig-gesinnten Grafschaft Tipperary ins Unterhaus gewählt, nicht das Vergnügen haben würde, seine Zelle im Zuchthause mit dem Sitz im Westministerpalast zu vertauschen, war schon längst eine ausgemachte Sache, ehe das Parlament gestern Abend seine Entscheidung darüber fällte. Fast einstimmig pflichtete das Haus dem Antrage Gladstones bei, daß Rossa, als eines Verbrechens schuldig erklärt und zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt und nun fast dieses Urtheils im Gefängnis befindlich, unsäglich geworden sei und unfähig bleibe, als Mitglied des Hauses gewählt oder abgeordnet zu werden. Das Haus zollte den Ausführungen des Ministers Beifall, ließ aber auch ruhig den Iränder Moore und den Engländer Mathews, Katholiken beide, ihren Gegenantrag begründen, welcher das „ehrenwerthe Mitglied für Tipperary“ in Schutz nahm und die Einspezung eines Ausschusses zur Untersuchung der eisprachenden Präcedenzfälle verlangte. Eine Reihe von Rechtsgelehrten, der Solicitor-General Hardy, Minister des Innern unter Disraeli, Sir Roundell Palmer, Bouvierie und andere Mitglieder, vertheidigten Gladstones Antrag, welches schließlich mit 301 gegen 8 Stimmen angenommen wurde. Ein zweiter Antrag, für Tipperary eine Neuwahl auszuschreiben, ging ohne Einrede durch.

### Türkei und Donaufürstenthümer.

**Kairo**, 12. Febr. (Tel.) Sicherem Vernehmen nach entbehren die Gerüchte von Rüstungen des Vizekönigs jeder Begründung. Die Beziehungen zwischen dem letzteren und der Pforte sind durchaus zufriedenstellend.

### Amerika.

**Newyork**, 9. Febr. Das Begräbnis Peabody's hat gestern in Peabody (Massachusetts) auf dem Kirchhofe Harmony Grove stattgefunden. Prinz Arthur steht Gefolge, der britische Geflande Thornton, Admiral Farragut, der Commandeur des Monarch, Kapitän Commerell, und andere britische und amerikanische See-Offiziere, die Gouverneure von Maine und Massachusetts, die Beamten der zahlreichen von dem Verstorbenen geführten Unterrichts-Anstalten und schließlich Abgeordnete verschiedener Staatslegislaturen und Behörden wohnten der Leichenzier bei; der Trauerzug zählte mehr als 200 Wagen und 5000 Teilnehmer zu Fuße. — Am Nachmittage reiste Prinz Arthur nach Montreal ab.

**Washington**, 11. Febr. (Tel.) General Sherman hat im Senat eine Resolution zu Gunsten der Anerkennung der kubanischen Insurgenten als kriegsführende Macht eingebracht. Dieselbe wurde dem Komitee für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

### Im Landtage.

#### 17. Sitzung des Herrenhauses.

**Berlin**, 12. Febr. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministerial-Campagnen, Graf Bismarck und mehrere Regierungskommissare, später Graf Eulenburg.

Dr. v. Raben referiert über die Übersicht der Staats-Gewinne und Ausgaben von 1868 und beantragt, den bezüglich derselben vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetzentwurf anzunehmen, und über die Resolutionen stillschweigend hinwegzugeben.

Graf zu Lippe verwahrt die Staatschulden-Kommission als solche einen Auftrag vom andern Hause. Er beantragt, daß das Haus die

Resolutionen ablehne und damit gezeige, daß es mit der Sache nichts zu thun haben wolle, wie materiell die Staatschuldenkommission auch nichts mit ihr zu thun habe. (Der Antrag wird nicht ausreichend unterstützt)

Die Herren Hasselbach und Wilhelms wünschen, daß das Haus die Resolutionen mit Stillschweigen übergehe, weil zur Bildung eines materiellen Urtheils dem Hause die Zeit gefehlt habe. Letzterer fügt hinzu, daß die Staatschuldenkommission auch ohne besonderen Auftrag diejenigen Punkte, auf die es ankomme, genau untersuchen werde.

Der Finanzminister erklärt, daß die Regierung einer Prüfung der Akten der Hauptverwaltung der Staatschulden nicht entgegneten werde, da sie über das Resultat im Vorau beruhigt sei. Die frühere Finanzverwaltung habe eine formelle Rechtsverlegung begangen, die nur durch nachträgliche Gutheizung Seitens des Landtages wieder ins Gleichgewicht gebracht werden könne. Hätte Dr. v. B. Hydt gleich nach der Ausführung der Operation dem Landtage Kenntnis von derselben, so wäre ihm sicher bereitwillig Indemnität erteilt worden. Sollte er (der Minister) jemals in die Lage kommen, von einer gesetzlichen Vorschrift abzuweichen, so würde er damit gleich offen vor den Landtag treten. Gegen die Annahme des Gesetzentwurfes habe die Regierung nichts einzuwenden. Der Antrag der Referenten wird angenommen.

Der Minister des Innern verliest hierauf die Allerh. Botschaft, der aufsgegangen der Landtag heute Nachmittag um 3 Uhr durch den Ministerpräsidenten geschlossen werden soll.

Der Rechenschaftsbericht der Regierung über die Ausführung des Gesetzes vom 5. Febr. 1869 und die allgemeine Rechnung des Jahres 1866 werden ohne Debatte genehmigt.

Die Gesetzwürfe betr. Abänderungen des Gesetzes wegen der 40-Millionen-Anleihe und der Gefahr wegen der Gerichtskosten in den Bezirken der Appellationsgerichte zu Wiesbaden und Kassel werden in Schlussberatung in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung ohne Debatte angenommen. Eine Reihe von Petitionen gegen die Trennung der Schule von der Kirche werden der Regierung zur Erwagung überwiesen.

Es folgt die Wahl von je zwei Mitgliedern für jede der Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau für die zur Ausführung des Gesetzes wegen anderweitiger Regelung der Grundsteuer in diesen Provinzen nach §. 5 dieses Gesetzes zu bildende Centralcommission, deren Resultat jedoch nicht mitgetheilt wird.

Hier ist die L. O. erledigt, v. Frankenberg-Ludwigsdorf dankt dem Präsidenten für die Leitung der Geschäfte des Hauses und spricht den Wunsch aus, daß derselbe es ermöglichen möge, auch bei den künftigen Verhandlungen des Hauses den Vorsitz führen zu können. (Die Mitglieder danken dem Präsidenten durch Aufsehen von ihren Szenen.)

Graf zu Solberg dankt dem Vorredner und dem Hause für die wohlwollende Beurtheilung seiner Amtsführung. Das unveränderte Vertrauen, das ihm das Haus seit Jahren entgegengebracht, werde stets zu seinen besten Erinnerungen gehören. Diesmal habe er noch mehr wie sonst dem Hause für seine Nachsicht zu danken, weil er durch mancherlei Geschäfte häufig verhindert gewesen sei, seine Pflicht so zu erfüllen, wie es eigentlich hätte geschehen müssen. Die prinzipielle Wichtigkeit der erledigten Vorlagen reiche an die der unerledigten nicht heran, bei deren Diskussion das Herrenhaus diesmal nur Buhörer gewesen sei. Sollte ihre Tätigkeit in einer für alle gleich unbedeuten Beteiligung in Anspruch genommen werden, so würden sie nach dem alten Worte noblesso oblige mit aller Kraft und Ausdauer ihre Pflicht erfüllen.

Nach einem dreimaligen Hoch auf den König wurde die Sitzung um 12 Uhr geschlossen.

#### 68. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

**Berlin**, 12. Februar. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministerial-Campagnen, Graf Eulenburg, v. Selchow. Der Minister des Innern verliest, während das Haus sich erhebt, eine Allerh. Botschaft, betreffend die Schließung des Landtags heute Nachmittag 3 Uhr durch den Ministerpräsidenten im Weißen Saale des königlichen Schlosses.

Nachdem 188 Petitionen für zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erklärt sind, werden als Mitglieder der statistischen Centralcommission die Abg. Miquel mit 192, Schawaller mit 187 und Birchow mit 181 Stimmen gewählt. Außerdem erhalten Glaser 46, Gneist 32, Achelbach 17, v. Bunsen 4 Stimmen. — Das Mandat des ehemaligen Landrats in Memel, Dr. Schulz, der zum Kreishauptmann von Lebus in der Provinz Hannover ernannt ist, wird gegen den Widerspruch der Rechten, welche widrige Remunerationen nicht als Gehaltserhöhung gelten lassen will, für erloschen erklärt.

Abg. Stelzer berichtet über den Antrag des Grafen Frankenberg auf Herstellung eines Abstimmungsgesetzes nach dem System Siemens und Halske und schildert die Thätigkeit des Apparats, wie Herr Siemens sie der Geschäftsaufklärung erläutert hat. Der Apparat soll eine namentliche Abstimmung, die bisher  $\frac{1}{2}$  —  $\frac{3}{4}$  Stunde gefestet hat, in  $\frac{1}{2}$  Minute erledigen und sagt nur voraus, daß jeder Abgeordnete sich auf seinem Platze befindet, um den Beiger auf Ja oder Nein zu stellen. Herr Siemens ist wiederholt und vergeblich von anderen Regierungen zur Herstellung eines solchen Apparates aufgefordert worden, weil er das erste Exemplar in seinem Vaterlande und unter seiner persönlichen Leitung aufzustellen wünsche, und sei er bereit, falls das Experiment mißlänge, die Kosten desselben zu tragen, die sich auf etwa 4000 Thlr. belaufen würden. Der Nachteil, daß damit der öffentliche Charakter der namentlichen Abstimmung verloren gehe, finde seine scheinweise Ausgleichung in der vorangegangenen Abstimmung durch Aufsteigen und Sitzenbleiben, auch wolle Dr. Siemens mit seinem Apparat die Einrichtung verhindern, daß für Ja und Nein eine rothe resp. schwarze Fahne auf jedem Platze auffrisse.

Abg. Dr. Löwe ist gegen die Einrichtung, die allerdings manche unheure Bequemlichkeit darbieten mag, z. B. die delicate Frage in diesem Augenblick beantworten könnte, ob das Haus beschlußfähig ist und dem Präsidenten sofort als Resultat melden würde, er wolle nicht sagen, was. (Heiterkeit. Die Bänke des Hauses sind nämlich ziemlich leer.) Aber die namentliche Abstimmung hat noch eine andere, stützliche Bedeutung, die mit der Einführung eines Apparats verloren gehen würde; sie ist eine Stütze für den Bestand der Parteien und regt die ermüdeten Indifferenzen, die kaum ihre eigenen Worte, geschiege die Reden Anderer hört, zu einer persönlichen Entscheidung an. Außerdem ist der Raum im Hause so engt, daß die Einführung des Apparats dem einzelnen Abgeordneten Sessel anlegen würde, deren Läufigkeit noch über das parlamentarische Regime hinausgehen würde.

Abg. v. Bodum-Doffs bemerkt, daß Dr. Siemens selber Mitglied des Hauses gewesen sei, daß er also alle die Punkte kenne, auf die es ankomme. Bewähre sich der Apparat nicht, so koste ja der Versuch wenigstens nichts.

Abg. Dr. Gneist: Die namentliche Abstimmung ist ein sehr wesentliches Element unserer Parteidisziplin, welche wesentlich das Zusammenhalten der Parteien befördert. Das würde durch den Apparat verloren gehen. Wenden wir nicht die Fortschritte der Mechanik auf ein Gebiet an, welches nicht der Mechanik sondern der Moral angehört. Die Gefahr aller Art verhindert den Apparat wird dadurch uns nahe gebracht. Es ist gewiß nichts Auffälliges daß dieser Versuch noch nitgend gemacht ist.

Abg. v. Dr. Eck fürchtet, daß der Apparat das Resultat nicht sicher angeben werde. „Mögeln andere darauf reinfallen.“ Der Antrag der Kommission wird abgelehnt.

Der Antrag v. Diesels: § 4 der Geschäftsordnung dahin zu erweitern, daß der Bericht über alle Wahlen, bei denen auf Beinstellung oder Ungültigkeitserklärung angetragen wird, schriftlich erstattet werden soll, wird fast einstimmig angenommen.

Endlich werden gemäß des § 5 des Gesetzes, betreffend die anderweitige Regelung der Grundsteuer, die 6 Mitglieder der Centralcommission durch Ablenkung und ohne Beschränkung auf die Mitglieder des Hauses gewählt: für die Provinz Hannover v. Bennigsen und Amtsgericht Griesheim bei Göttingen, für Schleswig-Holstein Bodelmann und Niemann, für Hessen-Nassau v. Hofe und Born.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen letzten Sitzung erschöpft, und der Präsident schließt mit einer statistischen Zusammenstellung der Arbeiten dieser Session, die vom 6. Oktober v. J. bis heute nach Abzug der Ferien 111 Tage gedauert hat: 68 Plenarsitzungen, 99 Abstellungen, und 237 Kommissionssitzungen, 52 Vorlagen der Regierung, 1480 Petitionen, von denen 768 erledigt sind, u. s. w.

Der Präsident schließt mit einem dreimaligen Hoch auf den König und nimmt durch den Mund des Abg. v. Bonin (Genthin) den Dank der

Versammlung für die Leitung ihrer Geschäfte entgegen, die heute gerade so frisch und thätig gewesen sei, wie am Tage der ersten Sitzung. Präsident v. Borckenbeck dankt mit kurzen Worten in seinem und im Namen des ganzen Büros. Schluß 1½ Uhr.

### Parlamentarische Nachrichten.

— Nach dem Schluß der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses überreichte eine aus allen Fraktionen derselben bestehende Deputation dem Präsidenten v. Borckenbeck in dessen Wohnung ein Ehrengeschenk, bestehend in einem kostbaren silbernen Thee-Service. Das Tablett trägt die Inschrift: „Dem bewährten Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Max v. Borckenbeck, zur freundlichen Erinnerung an die 10. Legislatur-Periode.“

### Lokales und Provinzielles.

**Posen**, den 14. Februar.

— Wie man uns aus Ostrowo mittheilt, wird binnen Kurzem eine tägliche Postverbindung zwischen den Städten Ostrowo, Adelnau, Sulmierzyc und Militz eingerichtet werden, was für jene Gegend, die bis jetzt nur eine sehr mangelhafte Postverbindung hatte, von großem Werth sein dürfte.

— Die Gehälter der städtischen Beamten sind während der letzten 20 Jahre ebenso, wie die der an den städtischen Schulen angestellten Lehrer, beträchtlich erhöht worden. Nach dem Etat der Stadtgemeinde Posen pro 1849 bezog der Oberbürgermeister (damals bereits der Geh. Reg. Rath Naumann) 1500 Thlr., gegenwärtig 2500 Thlr. Gehalt. (Davon 500 Thlr. persönliche Zulage.) Der damalige Bürgermeister und Stadtsyndikus (Guderian) war mit 1000 Thlr. Gehalt a. gestellt und hatte überdies die Befugnis, in Prozeßjahren Mandatariengebühren von den dazu verurteilten Gegenseite zu fordern, während gegenwärtig der Bürgermeister ein Gehalt von 1600 Thlr. bezieht (davon 100 Thlr. persönliche Zulage). Das Gehalt der Stadträthe (damals Alu und Thayler) belief sich i. J. 1849 auf je 700 Thlr., gegenwärtig auf 1200—1300 Thlr. Der Stadtbauinspektor (Greiter) erhielt damals nur 600 Thlr. Gehalt und gehörte nicht zu den Mitgliedern des Magistrats, sondern zu den Magistrats-Subalternbeamten, während gegenwärtig der Stadtbaurath als Mitglied des Magistrats ein Gehalt von 1300 Thlr. bezieht. Die Magistrats-Subalternbeamten, welche gegenwärtig in Gehalt von 700 Thlr. (inkl. persönliche Zulage) oder 600 Thlr. nebst sonstigen Zuflüssen erhalten, bezogen damals nur 400 bis 500 Thlr. Gehalt; es waren damals ange stellt 3 Stadtkretäre: (Zeb, Rosenfeld, Plichta), ein Registratur (Beyer) und der Stadtkontrolleur (Seidel), während gegenwärtig die Anzahl der Stadtkretäre 4 beträgt. Als Subalternbeamte sind in dem Etat von 1849 auch der Stadtkirurgus (Dr. Herzog) und der Stadtkirurgus (Proz.) mit je 100 Thlr. Gehalt aufgeführt. Gegenwärtig erhalten die beiden Arzte des städtischen Krankenhauses je 800 Thlr. Gehalt. — Die damaligen Kassenbeamten bezogen ein Gehalt von 500 bis 700 Thlr., gegenwärtig 600 bis 1000 Thlr. Es fungierten damals ein Kämmerer (Stadtkratz Tejedorowski), ein erster Kontrolleur und Armenfassen-Rendant (Mittele), ein zweiter Kontrolleur und Gewerbesteuererheber (Hoffmann), ein Servis- und Strafkassen-Rendant (Baudach), ein Stadtschulden-Zillings-Kassenfendant (Helling) und ein Einkommensteuer-Erheber und Sparflasken-Kontrolleur (Gerroldt); von diesen 6 Beamten ist nur noch einer, Dr. Rendant Hoffmann, in amtlicher Thätigkeit; gegenwärtig fungieren nur 3 Rendanten, 1 Kontrolleur und 1 Assistent. — Auch die Gehälter der zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten Beamten sind erhöht worden: die Rathsdienner, damals mit 180 Thlr. angestellt, erhalten gegenwärtig 220 bis 280 bis 330 Thlr. Gehalt; das Gehalt des „höchsten“ Beamten unserer Stadt, des Thurmwächters, ist von 100 Thlr. auf 170 Thlr. erhöht worden; dagegen vermehrt man im Etat von 1869 eine Remuneration von 20 Thlr., welche vor zwanzig Jahren die „Statthebamme“ für Entbindung armer Wöhnerianer erhielt.

— Die Mitglieder des Presbyteriums einer evangelischen Gemeinde sind nach einem Erkenntnis des Obertribunals Beamte und üben bei der Beurtheilung an der Wahl des Pfarrers eine Unterkraft aus; die ihnen unter Anerkennung einer Geldbelohnung gestellte Summuthung, sich bei der Predigerwahl anders, als wie es die kirchliche Pflicht gebietet, zu verhalten, ist Verlust einer Beamtenbefreiung im Sinne des § 31 des Strafgesetzbuchs.

— Ein Erkenntnis des königl. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte vom 13. November 1869 lautet: Der Beitritt oder Nichtbeitritt zur Union ist auf die Parochieverhältnisse ohne Einfluß, und es kann daher auch die Zahlung von Lasten und Abgaben zu der betreffenden Kirche, insbesondere die Entrichtung von Beiträgen zu den Baukosten, blos aus diesem Grunde nicht verwiegt werden.

hätte unumgänglich eine Explosion erfolgen müssen, durch welcher ein bedeutendes Unglück entstanden wäre. Auch der Telegraphenverkehr mit Pinne war auf einige Zeit gestört, da der Draht in Folge der Kälte gesprungen war. — Der gestern hier stattgehabte Jahrmarkt war wegen der strengen Kälte weder von Käufern noch Verkäufern besucht, und gleich kaum einem Wochenmarkt. Im Ganzen waren 3 Buden aufgestellt. Der Marktstandsgeldpächter, der am Pacht für diesen Markt 52 Thlr. zahlen mußte, hat kaum so viel Silberglocken eingenommen. — Die Getreide- und Spiritusabfertigungen seitens der Produzenten dauern ununterbrochen fort, da diejenigen die guten Wege benutzen wollen. Diejenigen Produzenten, welche mit dem Verkauf in der Hoffnung auf höhere Preise zurückhaltend waren haben dies nun zu bereuen, sie sind nun auch zu der Überzeugung gelangt, daß die Preise bei den vorhandenen Vorräten und Beständen noch billiger werden müssen. So hat ein bedeutender Gutsbesitzer in unserer unmittelbaren Umgegend jetzt 100 Wiesen Roggen mit 36 Thlr. pro 2125 Pfund frisch Warte sofort zu liefern verkauft, nachdem er kurz zuvor einen gleichen Quantum Roggen mit 37 Thlr. pro 2000 Pf. unter denselben Bedingungen abgegeben hatte. Auch die Spiritusproduktion in den 12 Brennereien hierher umgegangen ist ununterbrochen stark und die Produzenten liefern in der Regel früher ab, als sie kontraktuell zur Lieferung verpflichtet sind, da es ihnen an Räumlichkeiten mangelt.

**Katowitz.** 9. Februar. In Folge der anhaltenden strengen Kälte bewilligte die Stadtverordnetenversammlung 40 Thlr. aus der Räumereikasse zum Ankauf von Brennholz, welches gestern an hiesige acme Einwohner vertheilt wurde. Der Zimmermeister Dr. Gröger offerierte außerdem 12 Thlr., wofür die Holzempfänger auch noch Brote erhalten. Auch die hiesige jüdische Gemeinde verabsäumte nicht, dieser Tage ca. 30 Thlr. aus ihren Kassen herzugeben, um ihren Bedürftigen baares Geld und Brennholz, Brote und Kartoffeln zu verabreichen. Die hiesige Grundherrschaft hat sich zu einem Wohlthätigkeitsakt noch nicht entschließen können.

### Theater.

Das Benefiz des Fr. Göthe ist durch die Aufführung des Lebensbildes „Von Stufe zu Stufe“ zu einem Theaterereignis geworden. In dieser Saison wenigstens haben wir das Haus noch nicht so gefüllt gesehen, und noch keinen so stürmischen Applaus erlebt, als in der Sonnabendvorstellung. Seit man nun auch einen Theil des Budranges auf Konto der Novität, so bleibt doch noch genug übrig, um daraus auf die Popularität und Beliebtheit der ausgezeichneten Soubrette zu schließen.

Fr. Göthe ist aber auch ein Non plus ultra von Humor. Der muß ein unerträglicher Pilz oder ein inkurabler Hypochondrier sein, dem sie nicht ein herzliches Lachen in die Seele wirkt. Diese „Elise“ in „Von Stufe zu Stufe“ bietet in der abwärts rollenden Skala eines ganzen unzähligen Lebenslaufes so viele Nuancen, so verschiedene Farbenreflexe, daß es schwer sein mag, ihrer Darstellung durchweg den gleichmäßigen Anstrich der Lebenswahrheit zu verleihen. Andererseits legt diese Partie die Gefahr der Uebertreibung so nahe, daß eine hohe Decenz des Spieles dazu gehört, um sie nicht für das ästhetische Gefühl peinlich und anstoßend erscheinen zu lassen.

Aber für Fr. Göthe sind diese Schwierigkeiten gar nicht vorhanden; gleichsam spielerisch überwindet sie die in der Rolle selbst liegenden Hindernisse; auf der einen Seite läßt sie das ganze Brillanfeuerwerk ihrer Laune zügellos aussprühen, auf der andern hält sie ögon mit sich Maß und stattet ihr enfant perdu besonders mit einer Decenz aus, wie sie bei Soubretten wohl selten gefunden werden mag. Sie ist um dieses göttliche Humors willen beiderdenklich. Es muß der scharfe Blick geistreicher Lebensbeobachtung sein, dem die lebensgetreue Wiedergabe solcher Elisen gelingt. Wir glauben, Fr. Göthe ist eine kleine auf-

merksame Philosophin, die das Leben zu betrachten versteht, wo es am lehrreichsten ist, sonst hätte sie schwerlich ein Portrait entwerfen können, wie man es ohne Noué zu sein, in Berlin gar oft an sich vorbei und zu Grunde rollen sieht. Wir haben bei Fr. Göthe's Benefiz die schon früher gewonnene Überzeugung, daß sie mit zu den besten Soubretten gehört, nur bestätigt gefunden. Fr. Göthes Humor ist nicht minder klassisch wie ihr Namen. Auch das Publikum muß diese Wahrnehmung gemacht haben, sonst wäre es nicht so zahlreich erschienen, hätte nicht so stürmisch applaudiert. Dass sie auch gute Kollegialität zu halten versteht, beweist der Eifer, mit welchem alle Mitspielenden erfolgreich die Vorstellung zu einer gelungenen zu machen sich bestreben. —m.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Za Posen.** 11. Febr. Nach anderthalbtägiger Verhandlung wurde heute Mittag die Anklage gegen die unberechnete 22 Jahre alte Magd Agnes Jędrzejek aus Sulęcin wegen Kindermordes und den 51 Jahr alten Schänders Joseph Trafik wegen Mordes zu Ende gebracht. Der der Anklage zu Grunde liegende Thaftstand ist kurz folgender: Am 14. August 1869 sah der Nachtwächter Gabata, als er an dem Ufer der benannten „alten Warte“ unweit des Dorfes Sulęcin entlang ging, die Leiche eines neugeborenen Kindes mit ausgebreiteten Händen und Füßen auf dem Wasser schwimmenden. Dieselbe wurde aus dem Wasser herausgezogen und von den Gerichtsärzten sezirt. Letztere gaben ihr Gutachten dagegen ab, daß das Kind, welches etwa 3 Wochen zuvor geboren worden war, ausgetragen und lebensfähig gewesen sei, daß es gelebt habe und durch Ertrinken im Wasser gestorben sei. Als Mutter dieses Kindes bezeichnete man die Agnes Jędrzejek, als Vater deren Dienstherrn den Mitangeklagten Trafik, welcher zwar verheirathet war, jedoch geständig, mit der ersteren ein geschlechtliches Verhältnis unterhielt. Beide werden nun angeklagt, die Frucht dieses Verhältnisses kurz nach der Geburt in der sogenannten „alten Warte“ entrückt zu haben und zwar charakterisiert sich die That bei der Jędrzejek als Kindermord, bei dem Trafik als Mord. Die Belastung beruht auf dem Zeugnis eines einzigen Menschen, der beide Angeklagte in der Nacht vom 30. zum 31. Juli 1869 zwischen 1 u. 2 Uhr in einer Entfernung von etwa 14 Schritt an sich vorbereitet habe. Da die Nacht hell gewesen, so hätte er sie deutlich verfolgt und bemerkt, wie sie an die etwa 1300 Schritt entfernte Stelle der alten Warte gingen, an welcher die Kindesleiche später aufgefunden worden. Die Angeklagten leugneten beide die That, die Jędrzejek gißt jedoch zu, mit Trafik ein geschlechtliches Verhältnis unterhalten zu haben, was auch dieser einräumt und als Frucht dieses Verhältnisses am 31. Juli 1869 ein menschenähnliches Wesen geboren zu haben, welches sie stundenweise auf den Dünghäufen geworfen; außerdem räumt sie ein, schon einmal außerhalb einer Kind geboren zu haben. Trafik bestreitet, in jener Nacht mit der Jędrzejek den von Karpinski beschriebenen Weg gemacht zu haben, behauptet vielmehr, damals in seiner Wohnung gewesen zu sein. Der hierüber angetretene Entlastungsbeweis mislief, während Karpinski trotz der eindringlichen Ermahmungen bei seiner Bezeugung verblieb, nach welcher er beide Angeklagte in jener Nacht nach der Warte hat geben sehen. Um die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen zu schwächen, waren vor der Vertheidigung zahlreiche Entlastungsbeweise angetreten. Als Resultat derselben ergab sich jedoch gegen Karpinski nur soviel, daß derselbe von allen Zeugen als ein Mensch gezeichnet wurde, der geneigt sei, Thatsachen zu übertrieben, und es liebt, etwas zu prahlen. Das Hauptgewicht legte jedoch die Vertheidigung auf gewisse Mängel, welche sich nach ihrer Ansicht in dem Sektionsbefunde fanden; sie hatte deshalb ihrerseits zwei Gegensachverständige in der Person des Medizinrathes Dr. Rechfeld und des Dr. Pauli von hier gestellt. Zwischen diesen und den beiden Gerichtsärzten ergaben sich nun sehr bald Meinungsverschiedenheiten, die für die Entscheidung der Sache von großer Wichtigkeit waren. Dr. Dr. Pauli nämlich bestritt, daß das im Wasser gefundene Kind überhaupt ein ausgetragenes gewesen sein könne, da das Gewicht desselben nach dem Sektionsbefund nur  $\frac{1}{2}$  Pfund betragen habe, während das Normalgewicht eines ausgetragenen Kindes wissenschaftlich auf mindestens 5 bis 6 Pfund festgestellt wird. Es stellte dieser Sachverständigen

dige ferner ebenso wie Dr. Dr. Rechfeld wesentliche Bedenken auf gegen die bestimmte Erklärung der Herren Gerichtsärzte, wonach daraus, daß im Körper der Kindesleiche Wasser bei der Sektion gefunden worden, geschlossen werden müsse, daß das zu Kind wirklich den Erstickungstod, durch Ertrinken, verursacht, gestorben sei, indem sie einmal erklärt, daß es nicht möglich sei, nach einer bloßen Besichtigung ohne vorherige chemische Untersuchung bei der schon deutlich vorgeschrittenen Faulnis der Leich positiv zu behaupten, daß die im Leib derselben vorgefundene Flüssigkeit wirklich Wasser gewesen sei, ferner aber auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen bleibt, daß, wenn auch Wasser derselbst vorgefunden worden wäre, dasselbe nach dem Tode später auf irgend eine Weise dahin Eingang gefunden haben könnte. Die Wichtigkeit dieses Gutachtens beruht darin, daß, wenn nicht aufgeklärt ist, ob das zu Kind den Erstickungstod durch Ertrinken gestorben, die Anklage natürlich in sich selbst zusammen fallen müsste. Der Staatsanwalt ließ denn auch die Anklage wegen Mordes resp. Kindermordes fallen, beantragte dagegen gegen beide Angeklagten die Stellung von Fragen, bezüglich der heimlichen Befestigung einer Kindesleiche durch die Mutter resp. Thelthaldiger bestritten in längeren Reden den Thaftstand auch dieses legerten Vergehens, indem sie dem Zeugnisse des Karpinski jede Glaubwürdigkeit absprachen und beantragten in allen Punkten das Nichtschuldig. Die Geschworenen schlossen sich dem Ausführungen derselben an. Es wurden daher beide Angeklagte nicht blos von der Anklage des Kindermordes resp. des Mordes, sondern auch von der Befestigung der Kindesleiche freigesprochen. An demselben Tage wurde noch außerdem die Anklage gegen den Tagelöhner Joseph und Anton Wełosowicz, Stanislaus Sufala und Joseph Napierała wegen schweren Diebstahls verhandelt. Die 3 ersten Angeklagten sind geständig, zu Lipnica in der Nacht vom 14. zum 15. November 1869 dem Rittergutsbesitzer v. Mierzynski mittelst Einbruchs und Einsteigens in eine verschlossene Kammer Gegenstände im Gefangenwerthe von ca. 200 Thlr. entwendet zu haben. Sie bekräftigten den vierten Angeklagten Napierała, der Witzschuld an diesem Diebstahl. Dieser leugnet. Sie wurden jedoch sämmtlich des schweren Diebstahls für schuldig befunden und die Gebrüder Wełosowicz zu je 9 Monat, Sufala zu 2 Jahr Gefängnis und Napierała zu 2 Jahr Zuchthaus verurteilt. Hiermit wurde die diesmalige Sitzung geschlossen.

### Staats- und Volkswirtschaft.

**Kopenhagen.** 12. Febr. (Tel.) Die legte hier eingetroffene hamburgher Post datirt vom 7. d. Zwischen Helsingör und Helsingborg ist eine schmale Passage über das Eis.

**Konstantinopel.** 11. Febr. (Tel.) Die „Turquie“ meldet, daß die Pforte nun mehr definitiv das Statut der ottomanischen Eisenbahngesellschaft und der für den Betrieb zu bildenden Gesellschaft angenommen.

**Washington.** 12. Febr. (Tel.) Die Chattanooga- und Alabama-Eisenbahngesellschaft hat vom Staate Alabama eine Subvention von 2 Mill. Doll. in Bonds des Staates Alabama erhalten.

### Briefkasten.

**Grundkreditnot.** Ohne den Namen des Einsenders können wir von dem Eingesandten keinen Gebrauch machen.

**Hrn. — in Kosten.** Die Aufnahme der Berichtigung einer Berichtigung kann nur gegen Erstattung der Insertionsgebühren geschehen, die ca. 4 Thlr. betragen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

### Gräzer Bier à 3 Thlr.

**Berl. Aktienbier** à 4 1/6 Thlr.

**Leitmeritzer Bier** à 5 Thlr.

**Dresdener Waldschloß** à 5 Thlr.

empfiehlt in ausgezeichneter Qualität

**Gustav Wolf,**

Breitestr. 12.

### Obwieszczenie.

Należące do spadkobierców po właściwemu gruncie **Janie Bogumił Kelm**, położone w **Orcholu** pod **Nr. 1** i tu w miejscowości pod **Nr. 101** gruncie, oszacowane na resp. 8000 talarów i 600 talarów, maja

**dnia 21. marca r. b.**,

**Vormittags 11 Uhr,**

im Wege der freiwilligen Subhaftation an Gerichtsstelle verkauft werden.

**Gniezno,** den 13. Januar 1870.

**Königliches Kreisgericht.**

**II. Abtheilung.**

### Bekanntmachung.

In Folge Auftrages des hiesigen Königlichen

Kreisgerichts werde ich

**am 24. Februar d. J.**

**Vormittags 10 Uhr,**

im hiesigen Gerichtsgebäude verschiedene wertvolle mahagoni Möbel, sowie einen mahagoni Flügel im Wege der öffentlichen Auktion an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkaufen, wozu Kauflustige eingeladen werden.

**Pleszew,** den 9. Februar 1870.

**Jahns,**

Auktions-Kommissarius.

**Bekanntmachung.**

Zwei Polcen über eine seit dem 1. Juli 1866 bestehende Versicherung bei der Berlinischen Lebens-Berührungs-Gesellschaft zu Berlin einer noch lebenden am 22. Januar 1867 geborenen Person über 200 Thlr. und 300 Thlr. fallen

**am 15. März 1870,**

**Vormittags 11 Uhr,**

auf dem Kreis-Gericht, Zimmer Nr. 18, vor dem Kreisrichter Herrn Leyl öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung verkauft werden, wozu Kauflustige eingeladen werden.

**Posen,** den 7. Februar 1870.

**Königliches Kreisgericht.**

**Busse.**

**Bekanntmachung.**

Der Neubau des Pfarrhauses in **Kazmierz** bei Samter soll im Termine

**Montag den 21. Februar c.**

**Vormittags 10 Uhr,**

im Schulhause derselbst per Auktion vergeben werden, wozu Bauunternehmer eingeladen werden.

**Anschlag und Beichnung,** sowie Bedingungen liegen im Pfarrhaus zu **Kazmierz** zur Einsicht.

**Das Kirchenkollegium.**

Schwäche, Frauenkrankheiten jeder Art, Weißfluss, Syphilis, Weißselzopf, auch ganz veraltete Fälle, heißt bestimmt der homöopathische Spezialarzt **Giersdorff**, Kasstr. 46 II, Berlin. Von 8—11½, und 3—5½ Uhr. Auch brieflich.

(Beilage)

### Ein massiv erbautes herrschaftliches Schloß

### Dziwontline,

1/4 Meile von dem freundlich gelegenen Rieddorf und Poststation **Wirschkowiz**, 1 1/4 Meile von der Kreisstadt **Militz** entfernt, enthaltend einige 20 heizbare Zimmer, Speisesaal, anstoßendes eisernes Gewächshaus und sehr geräumiges Souterrain, soll mit Pferde stall für 5 Pferde, separater Kutschewohnung und Wagenremise auf die Dauer von 5 bis 10 Jahren vermietet werden.

Das Schloß liegt an einem parkartigen Gelände mit Treibhäusern, auch großem Teich mit Insel versehenem Garten, welcher dem Mieter zur freien Benutzung mit überlassen wird.

Nähere Auskunft erhält auf gest. Anfragen:

**Das Gräflich v. Hochberg'sche Rent-Amt in Wirschkowiz.**

Schwäche, Frauenkrankheiten jeder Art, Weißfluss, Syphilis, Weißselzopf, auch ganz veraltete Fälle, heißt bestimmt der homöopathische Spezialarzt **Giersdorff**, Kasstr. 46 II, Berlin. Von 8—11½, und 3—5½ Uhr. Auch brieflich.

(Beilage)



Vom 1. künft. Monats ab tritt ein fünfter Nachtrag zum Norddeutsch.-Galizischen Verband-Güter-Tarif vom 1. Mai 1868, enthal-

tend:

A. den ermäßigten Spezialtarif für Getreide und Hülsenfrüchte (für Mais jedoch nur im Verkehr von Krakau und den nachfolgenden Stationen bis Colomia incl.). Delsaaten, Malz, Malzkleime, Kleie und Mehl von Krakau und Stationen der Galizischen Karl-Ludwigsbahn und Lemberg-Czernowitz-Jassy Eisenbahn nach den Stationen: Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig und Hale;

an Stelle des Tarifs vom 1. Februar 1869

B. den ermäßigten Spezialtarif für Mais (Kukuruz) im Verkehr von den Stationen: Czernowitz, Suczawa, Roman und Jassy nach sämtlichen Norddeutschen Verbandstationen bei Auslieferung von mindestens 100 Ctr. pro Frachtkost

Druckexemplare des Tarifnachtrages sind bei den Verbandstationen läufig zu haben.

Breslau, den 11. Februar 1870.

Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

**Bekanntmachung.**

Die drei Geschwister Franziska, Wittolia und Andreas Raniszewski aus Kulm sind seit länger als zehn Jahren ver-

schollen.

Es werden dieselben, sowie ihre etwaige unbekannte Erben und Erbnehmer aufgefordert, sich vor oder in dem

am 17. Juni 1870,

Bormittags 11 Uhr,

Nachstehende  
Bekanntmachung,  
betreffend die Verhütung der  
Weiterverbreitung der granulösen  
Augen-Entzündung:

Da es sich herausgestellt hat, daß die granulöse Augen-Entzündung in unserem Verwaltungsbereiche eine weitere Verbreitung gefunden hat, so bringen wir die darüber erlassenen gesetzlichen Bestimmungen des Regulatius vom 8. August 1835. II. b. S. 62 bis 64 und der Ministerial-Befreiung vom 11. November 1862 zur strengen Nachachtung unter folgendem Bemerkern hiermit in Erinnerung:

1) Jedes mit erheblicher Rötung der Augen und Schwellung der Augenlider mit Brennen, Löschern, Schmerzen, vermehrten Thränenkleinen oder Eiterfluss verbundene Augenleiden giebt dringende Veranlassung, die Weiterverbreitung durch Ansteckung fürchten zu lassen.

2) Der die Ansteckung bewirkende Stoff haftet besonders an den frischen Augen abgesonderten Flüssigkeit und pflanzt sich durch deren Übertragung, wie solche namentlich namentlich bei der gemeinschaftlichen Benutzung des Waschwassers, der Waschbeden, der Kleider, Bettwäsche, besondere der Hand- und Schnupftücher leicht erfolgen kann, leicht fort. So bestätigt die oben angegebenen Krankheitsscheinungen sind je rascher in leichter der Verlauf der Krankheit ist, desto leichter findet Ansteckung statt.

Die abgesonderte Flüssigkeit ist um so schädlicher, je mehr sie dem Eiter ähnlich ist.

3) Mit solchem Augenabfall behaftete Kräfte sind verpflichtet, sich der näheren Gemeinschaft mit Anderen, insbesondere des Besuchs öffentlicher Orte zu enthalten.

Handen diese Aufnahme in öffentlichen Anstalten u. Fabriken, in denen eine größere Anzahl von Menschen zusammen lebt, so sind dieselben entweder streng zu isolieren oder auszuweisen.

In solcher Art leidende Kinder, welche die Schule besuchen, müssen aus der Schule entfernt und nicht eher zugelassen werden, als bis ihre völlige Genesung und die Befreiung der Ansteckungsfähigkeit ärztlich bestätigt ist. (Regulatius vom 8. August 1835 § 14.)

4) Bei unvermeidlichem Zusammenleben Gesunder mit ansteckenden Augenkranken führt außer der Vermeidung des gemeinschaftlichen Gebrauchs der unter 2 erwähnten Gegenstände vor Ansteckung hauptsächlich große Reinlichkeit, namentlich östliches Wasser der Hände und Augen und häufige Luftheuerung in den Stuben durch Öffnen der Fenster und Thüren, wobei während des Aufenthaltes von Personen aber Zugluft zu vermeiden ist.

Der Kräfte muss Wäsche, Bettwäsche und Kleider so oft als möglich wechseln; die benutzten sind mit Seife oder starker Aschlaugen gründlich auszulöschen, das gebrauchte Waschwasser ist sorgfältig zu entfernen, die Waschbeden müssen nach jedem Gebrauch mit Lauge gut ausgewaschen werden.

5) Die Ortspolizeibehörden haben anhaltend dafür Sorge zu tragen, daß die Personen ermittelt werden, welche an verdächtigen Augenentzündungen leiden.

6) Die von derartigen Augenentzündungen Befallenen sind so bald als möglich der Behandlung eines approbierten Arztes oder einer geeigneten Heilanstalt zu überweisen. Rechtzeitige ärztliche Behandlung bewirkt in den meisten Fällen schnelle Heilung.

7) Die Ortspolizeibehörden haben ihre besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die Ursprungsstelle des Lebels entdeckt und von dieser aus der Weiterverbreitung sofort ein Befehl gesetzt werde.

Posen, den 13. Januar 1870.

Königliche Regierung,  
Abtheilung des Innern.

wird zur Kenntnis und Beachtung hiermit publiziert.

Posen, den 10. Februar 1870.

Königliche Polizei-Direktion.

In Neustadt an der Warthe soll ein auf 1800 Thlr. veranschlagtes massives Hospital-Gebäude errichtet werden. Zur Ausführung des Baues an den Minnendorfenden ist Termin auf den 3. März c., Vormittags 10 Uhr, auf der Probel dagegen angezeigt, wozu Bauunternehmer hiermit eingeladen werden. Antrag, Bezeichnungen und Bedingungen sind bei Unterzeichneten jederzeit einzusehen.

Neustadt a. W., den 12. Februar 1870.

Der Hospital-Vorstand.

Krieger,  
Probst.

Die Errichtung eines Chausseegelderheber-Gebäudes bei Iwino, an der Abzweigung der Posen-Thorner von der Posen-Warschauer Staats-Chaussee, im Ganzen veranschlagt auf 3850 Thlr., soll durch Submissionsvergabe werden.

Bersegelte Oefferten sind bis

Montag den 28. d. M.,

Vormittags 11 Uhr,

an den Unterzeichneten, in dessen Geschäftszimmer, Sandstraße Nr. 8, die Anträge, Pläne und Bedingungen einzusehen sind, abzugeben.

Posen, den 12. Februar 1870.

Der Bauinspektor.

Petersen.

Eine frequente Gastwirtschaft in einer belebten Kreis- und Garnisonstadt wird eingetretene Familienvertreter halber sofort zu verlaufen gewünscht. Preis 3000 Thlr., Anz. 1000 Thlr. Käufer wollen sich an P. F. Rabuske in Fraustadt wenden.

In einer lebhaften Provinzialstadt Posens welche unmittelbar am schiffbaren Wasser und der Eisenbahn liegt, ist ein am Markte befindenes Grundstück, bestehend aus zwei Bauden, einem Haushause, Stallung für 50 Pferde, Wagenremise, Kutscherwohnung, geräumigem Hofraum, großem Obstgarten, 15 Morgen Wiese, Getreide-Schüttung, Remise u. c. zu verkaufen.

In einem dieser Häuser ist ein Hotel, in dem andern ein Kolonialwaren- und Destillations-Geschäft.

Preis 18,000 Thlr. Anzahlung 6000 Thlr., Hypotheken auf Wunsch lange Jahre fest.

Relektanten belieben ihre Adressen unter H. R. der Expedition dieser Zeitung einzutragen.

**Epileptische Krämpfe (Fallsucht)**  
heilt brieslich der Spezialarzt für Epilepsie Doctor O. Kullisch  
in Berlin, Mittelstraße 6. — Bereits über Hundert geheilt.

**Asyl für gemüths- u. nervenkranke Israeliten.**

Aufnahme finden Kränke beiderlei Geschlechtes. Gesunde freundliche Lage. Billige Pension. Kost genau nach jüdischem Ritus. Prospekte gratis.

**Bayreuth** (Bayern), 1. Februar 1870.

**Dr. Würzburger.**

Posen, im Februar 1870.

Hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich hierorts

**Schulstraße Nr. 11,**

in der Nähe des Marktes und Neuestrafen-Ecke (im früheren Joseph Wache'schen Lokale) eine

**Colonial-, Delikatessen-, Südfrucht-, Wein- und Cigarren-Handlung**

eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch.

**Max Baer.**

Hiermit mache ich die ergebene Anzeige, daß ich hier selbst eine

**Pfandleih-Anstalt**

in meinem **Wallischei 39** belegenen Hause unter soliden Bedingungen errichtet habe.

**J. Mondré,**

Material-Waren-, Wein- und Cigarren-Geschäft.

Ich habe hier selbst, Halbdorfstraße 2, im Hause des

**Herrn Dr. Niesczotta**, ein

**Lager**

von Papier, Schreib-, Zeichnen-, Bureau- und Schul-Materialien

unter der Firma:

**I. Brodzki**

eröffnet und empfiehle mein Unternehmen dem gütigen Wohl-

**Leopold Brodzki.**

Meine comfortable eingerichtete

**Frühstücksstube**

empfiehle einem geehrten Publikum bestens

**Max Baer,**  
Delicatessen-, Wein- und Cigarren-Handlung,

**Schulstraße Nr. 11,**

im früheren Joseph Wache'schen Lokale.

**Hartke's Hotel garni in Berlin,**

Unter den Linden Nr. 20, dicht hinter Kranzler, empfiehlt den hochverehrten Reisenden seine elegant eingerichteten Zimmer mit guten Betten und prompter Bedienung im Preise von 12½ Sgr. bis 3 Thlr. pro Tag.

Pensionäre finden Aufnahme bei der ver-

witweten Registratur **Pflanz**, Bäckerstraße Nr. 3. Empfehlungen durch Herrn Militair-

Oberprediger **Händler**.

**Kerndesnde weißbuchene**

**Stammenden**

von 12 bis 20 Zoll Durchmesser kaufen frei

Posen die Dampfmühle von

**J. Kratochwill.**

Mühlenstraße 22.

**18 Mastochsen**

(Trockenfleisch) hat zum Verkauf

Friedrichshof b. Lopienno.

**L. Wirth.**



Dienstag  
den 15. d. M.  
bringe ich wieder mit  
dem Frühzuge einen  
großen Transport frischmehlender **Nekbrüder**  
Kühe nebst Kälbern in **Keilers Hotel**  
zum Engl. Hof zum Verkauf.

**J. Klakow**, Viehhändler.

Um Platz zu gewinnen, verkaufe ich noch  
immer **Wiener und Prager Winterstiefel**  
für Herren, Damen und Kinder zu **Einkaufs-**  
**preisen**. **A. Apolant**, Wafferstr. 30.

Auszug aus k. k. Hofraths Dr. Löschners Schrift.

Die

**Pastilles digestives de Bilin**  
(**Biliner Verdauungs-Zeltchen**),

aus dem Biliner Sauerbrunnen gewonnen und durch die Aufnahme als Heilmittel in die österr. Pharmacopei ausgezeichnet, bewähren sich als vorzügliches Mittel bei Sodbrennen, Magenkrampe, Blähsucht und beschwerlicher Verdauung in Folge Überladung des Magens mit Speisen oder giftigen Getränken, bei saurem Aufstoßen und chronischen Magenkatarthen, wirken überraschend im kindlichen Organismus bei der Skrophulose und sind bei Atonie des Magens und Darmanals aufsitzender Lebensweise eine wahre Saera anaora der gesättigten Patienten. Die Biliner Pastilles werden nur in versegelten und etikettirten großen und kleinen Schachteln versendet, direkt durch die Industrie-Direktion Bilin, Böhmen.

General-Depot in Posen in  
**Dr. Mankiewicz's Apotheke.**

**La Plata Fleisch-Extract.**

(**Extractum Carnis Liebig**)

Altona 1869.

Erster Preis.



Fabrik.



Zeichen.

Bereitet von **A. Benites & Co.** in BUENOS AIRES.  
Analisiert und approbiert durch die Herren Professoren der Chemie  
J. B. Depaire und Th. Jouret in Brüssel.  
Mitglieder des obersten Sanitäts-Rathes in Belgien,  
deren Unterschriften sich auf jedem Topf befinden.  
Vollständige Reinheit und vorzügliche Qualität garantirt.

**Eduard Stiller**, Posen, Sapiehplatz 6,  
Haupt-Agent.

Niederlagen bei **Peter Nowicki**, Breslauerstrasse Nr. 9.  
**Julian Asseltowicz**, Wallischei Nr. 13.

Detail-Preise: 1 engl. Pf. Topf. 1/2 engl. Pf. Topf. 1/4 engl. Pf. Topf.  
Preise: à Thlr. 3. 5 Sgr. à Thlr. 1. 20 Sgr. à 27½ Sgr.  
1/8 engl. Pf. Topf. à 15 Sgr.

**Sachsen-Neiningen'sche 4-Thlr.-Loose.**  
Zeichnungen nehme bis zum 17. dieses Monats entgegen und liegen Prospekte bei mir zur Einsicht.

**Siegmund Sachs,**

Posen, Markt 87.

**Vallkränze, frische und künstliche Brautkränze, Kleidergarnituren, Blumen und Zweige aufs Elegante und Preiswürdigste empfiehlt die Blumenfabrik von E. Lanz.**

G. verpfänd. Lager von 83 Ballen  
Nessel. Shirting, 1/4 Calico u. s. w.  
31 Ballen sächs. Wollenwaar. w. bis  
zur Frankf. Mess 20 % bis 50 % unterm  
**! Messpreise!**  
postenweise en gros verk. in Berlin  
Spandauerstraße Nr. 27 bei Alex  
Holz.

**Die neuesten und geschmackvollsten**

**Baschlags**

empfiehlt zu den billigsten Preisen

**Louis Levy,**

Friedrichstr., vis-à-vis der Postuhr.

**Lebensschmire**

(**Electro-Magnetisches Del.**)

Zur gefälligen Beachtung!

Gefüche um Verkaufsstellen von **Carl Egelkraut & Co.** Del-Präparate (Hülse für Gicht- und Rheumatismus-Ledende), welche mit Angaben von Referenzen an die Fabrik von **Carl Egelkraut & Co.**, Berlin, Wallstraße 97, zu richten sind, finden für große und kleine Städte und geeignete Ortschaften Verwendung, wo noch keine Verkaufsstellen vorhanden, oder dieselben nicht genügend vertreten sind.

**Nervöses Zahnmeh**

wird augenblicklich gestillt

durch Dr. Gräfström's schwedischen Zahnwasser, à Glacon 6 Sgr. edt zu haben in Posen bei **Isidor Appel u. C. Bardfeld** und **C. W. Paulmann**, in Samter bei **Jul. Peyser**.

# Prospekt.

## Berliner Centralstrassen-Gesellschaft.

Einem Jeden, der die Berliner Verhältnisse auch nur oberflächlich kennt, ist bekannt, welch' dringendes Bedürfnis vorliegt, den großartigen Verkehr, der gegenwärtig auf die Kommandanten-Straße, als die fast alleinige Verbindungsader zwischen den umfangreichen neuen Stadttheilen des ehemaligen Köpenickerfeldes und der alten Stadt angewiesen ist, in andere und bequemere Wege zu leiten. Seit Jahren bemühen sich die städtischen Behörden vergebens, die Mittel hierfür aufzufinden.

Dem Zusammentreffen mannichfacher günstiger Umstände ist es zu danken, daß das Projekt, für dessen Verwirklichung das unterzeichnete Gründungs-Comité der „Berliner Centralstrassen-Gesellschaft“ zusammen getreten ist, in's Auge gefaßt werden konnte.

Es sind nämlich die Häuser der Leipzigerstraße Nr. 60, 61, 62 und 63, die Häuser Sparwaldshof Nr. 4 bis 12 und die Häuser Nr. 73 bis 79 der Kommandantenstraße angekauft worden, um als unmittelbare Fortführung der Gertraudenstraße eine neue Straße vom Spittelmarkt nach der Kommandantenstraße in der Nähe der Neuen Grünstraße durchzulegen.

Naum giebt es in ganz Berlin irgend ein anderes Bauprojekt, das so sehr wir dieses alle Bedingungen des Gediehens in sich vereint und sich der wärmsten Unterstützung aller Behörden erfreut. Im verkehrreichsten Theile der Stadt, im Mittelpunkt einer Linie, auf der Handel und Industrie sich concentriren, gelegen, muß diese Straße vom ersten Augenblicke an einen Verkehr und eine Lebhaftigkeit wie wenige Straßen der Residenz gewinnen, und ebenso für Läden, wie für Comtoire, Wohnungen, Werkstätten und Fabriken einen der gesuchtesten Punkte der Stadt bilden, zumal bei der ganzen Anlage nach dem wohldurchdachten, von den Herren Baumeistern Ende und Böckmann entworfenen Plane auf die Befriedigung der hier vorhandenen Bedürfnisse Rücksicht genommen wird.

Es sollen nicht Gebäude mit theuren Luxuswohnungen gebaut werden, sondern 18 große Häuser, die im Parterregeschoss überall für Läden und Comtoire, auf den Höfen für Werkstätten und Lagerräume, in den Bel-Etagen für gute Mittelwohnungen, in den dritten und vierten Etagen für kleine und billige Wohnungen namentlich im Interesse Derer eingerichtet werden, die hier ihre Geschäfte betreiben. Hierzu tritt das große Industrie-Gebäude des Herrn Hermann Geber, das, aus der ehemaligen Kaiser Franz Kaserne hervorgegangen, den Beweis gegeben hat, welche rentablen Schöpfungen in dieser Gegend durch eine angemessene Ausnutzung des Raumes geschaffen werden können. Die Höfe dieses Gebäudes werden von der neuen Straße durchschnitten und es geht die Gesamtheit der dort bereits aufgeföhrten Bauten in den Besitz der Gesellschaft über.

Angesichts der hier berührten Momente bedarf es nicht erst eines Hinweises auf den jetzt vorhandenen Wohnungsmangel, um dem neuen Unternehmen ein schnelles und erfolgreiches Gedeihen in Aussicht zu stellen.

Die Gesellschaft soll, basirt auf ein Grundkapital von 2 Millionen Thaler, so schnell als möglich ins Leben treten, um mit den Bauten in umfangreichster Weise ohne Verzug beginnen zu können, und ist deshalb bis zu dem Momente, wo die staatliche Genehmigung zur Umwandlung in eine Actien-Gesellschaft ertheilt sein wird, die Form einer Societät gewählt worden. Daz das erwähnte Grundkapital für die Ausführung aller projectirten Bauten ausreicht, dafür ist entsprechende Bürgschaft dadurch gegeben, daß sich Bauunternehmer zur Herstellung der Baulichkeiten für die dafür bestimmte Summe schon jetzt bereit erklärt haben.

Herr Hermann Geber, dessen bisherige Tätigkeit auf diesem Gebiete der Gesellschaft die Garantie für ein erfolgreiches Wirken gewährt, übernimmt als Director die Ausführung des Unternehmens.

Nach den angelegten detaillirten Voranschlägen, bei welchen alle zu berücksichtigenden Umstände gewürdigt, und nur die mäßigsten Miethspreise zu Grunde gelegt worden sind, läßt sich schon jetzt für das in dem Unternehmen anzulegende Capital eine Rentabilität von

### mindestens 11 Prozent.

die sich bei vollendet Durchführung der Projekte von Jahr zu Jahr noch erheblich steigern muß, in sichere Aussicht stellen.

Schon während der Bauzeit findet statutengemäß eine Verzinsung des Grundcapitales aus den Erträgen der angelauften Grundstücke zu mindestens 5 Prozent statt.

Das Gründungs-Comité glaubt somit das Project als ein solides, berechtigtes und aussichtsvolles der Belebung des Publicums empfehlen zu dürfen, ladet zur Zeichnung unter den nachstehenden Bedingungen ein, und wird mit der Constituirung der Gesellschaft unmittelbar vorgehen, sobald die in dem Gesellschafts-Vertrage vorge sehene Summe gedeckt ist.

Exemplare dieses Prospects und der Statuten werden von den verschiedenen Zeichnungsstellen verabreicht.

### Das Gründungs-Comité der „Berliner Centralstrassen-Gesellschaft“.

Jerd. Jaques  
(in Firma Jos. Jaques).

Justizrath Dr. Hinschius  
(Syndikus der Kaufmannschaft zu Berlin).

Herrmann Egells  
Königl. Kommerzienrath (in Firma G. A. Egells).

Moritz Plaut  
(in Firma H. C. Plaut).

Hermann Rauff  
(in Firma Rauff & Knorr).

### Bedingungen zur Zeichnung auf Thaler 2,000,000 Anteilscheine der Berliner Centralstrassen-Gesellschaft

in 10,000 Stück à 200 Thaler mit 25 pro Cent Einzahlung als 1. Rate. Die Einzahlungen werden mit 5% per annum während der Bauzeit verzinst, wenn bis zur Vollendung der Bauten keine höhere Dividende erzielt wird.

1. Die Anteilscheine werden zum Nominalwerthe mit 200 Thalern das Stück ausgegeben.

2. Die Zeichnungen auf diese 10,000 Stück Anteilscheine à 200 Thaler werden angenommen in den Tagen

**vom 15. Februar bis 19. Februar incl.**

in Berlin bei Herrn Jos. Jaques, Mauerstr. 36,

„ „ bei Herrn H. C. Plaut, Oberwallstr. 4,

in Leipzig bei Herrn H. C. Plaut,

in Berlin bei Herren Rauff & Knorr, Oranienburgerstr. 62/63.

**in Posen bei Herren Moritz & Hartwig Mamroth.**

3. Die Zeichner unterwerfen sich allen Bedingungen des ihnen bekannten Gesellschafts-Vertrages vom 8. Februar 1870.

4. Im Fall der Überzeichnung tritt eine Reduction der Zeichnungen ein und wird das Resultat der selben spätestens drei Tage nach Schlus der Subscription bekannt gemacht werden.

5. Bei der Subscription sind 10% des Zeichnungs-Betrages baar oder in courshabenden Wertpapieren als Caution zu deponieren.

6. Die Zeichner sind verpflichtet, die Interimscheine vom 24. bis 28. Februar 1870 gegen Einzahlung der ersten Rate von 25% an der Zeichnungsstelle abzuheben, wogegen die geleistete Caution zurückgegeben resp. verrechnet wird.

7. Vollzahlungen sind gestattet und werden vom Tage der Zahlung ab mit 5% per annum verzinst.

8. Jeder Zeichner erhält über seine Zeichnung und die geleistete Caution eine Bescheinigung, die bei Abnahme der Stücke zurückgegeben werden muß.



schrankt und die Kurse blieben wenig verändert. Man fürchtete anfangs, daß die Haussiedlerdivision der vorigen Woche ihr Ende erreicht habe, ohne daß gerade speziell Gründe für diese ungünstigere Strömung vorhanden gewesen wären. Politische Gründe hätten die weichende Tendenz der Börse vergrößern müssen, denn wenn schon der einzeln stehende Schutz von Auteuil auf sämmtliche Börsen Europas vor einigen Wochen einen so herabstimmen den Einfluß ausübt, um wieviel mehr hätte nicht die fiktive Errichtung von Barricaden in Paris in das Geschäftseleben eingreifen müssen, trotzdem seien wir solche Wirkungen nicht; die Pariser Börse, wenn sie auch gerade keine Haupte darauf intoniret blieb doch verhältnismäßig fest, die anderen Plätze blieben reservirt. Staatslose und Lombarden erlitten wohl während der Woche eine Kursteilnahme, doch ist dieselbe keineswegs auf die politischen Ereignisse zurückzuführen. Die in dieser Woche gemeldete Mindererinnahme war, bei der tonangebenden Stelle, die die Staatsbahn einnimmt, bedeutend genug, die Börse zu verstimmen. Lombarden stiegen am Mittwoch auf die Aussicht, daß die diesmalige Wochenentnahmen ein Plus aufzuweisen haben werde, die Einnahme entsprach jedoch nicht den gehalten Erwartungen und der Kurs ging schnell Schritte mehrere Thaler zurück. Im Verlauf der Woche machte sich eine regere Stimmung für Kreditaktien bemerkbar, die so lange ziemlich vernachlässigt geblieben waren.

Wie verlautet, hat die ottomanische Regierung nunmehr definitiv den Abschluß über das türkische Bahngeschäft genehmigt und da die Kreditanstalt mit demselben eng läuft ist, so war leicht vorauszusehen, daß der Kurs ihrer Aktien sich beim Zustandekommen des Geschäfts heben mußte. Noch mehr als die Kreditaktien gewinnen die Aktien der Anglo-Austrianbank, die jedoch für unsrer Plaz zu different sind.

Mit Ausnahme der Kreditaktien waren die Umfänge höchst gering; noch geringer als in den Spekulationseffekten war das Geschäft in inländischen Wertpapieren, obwohl einige Kursteilnungen aufzuweisen haben, sich trotzdem aber doch einer mehr festen Haltung erfreuten. Weder über inländische Fonds, noch über Bond und Rentenbriefe oder Prioritäten wäre etwas Besonderes zu erwähnen. Eisenbahnen waren gleichfalls fest, doch ohne Leben. Eine Ausnahme machen eigentlich nur die neuen amerikanischen Eisenbahnprioritäten; ein sehr flüssiger Geldstand begünstigte das Geschäft in diesen Wertpapieren, für die sich im Privatpublikum immer noch Freunde finden.

Der Geldmarkt zeigte eine ankommende Abwendung, der Diskont für feinste Briefe im Privatwechselverkehr ging von  $\frac{3}{4}$  auf  $\frac{1}{2}$  herab und wohl dürfte der Zeitpunkt nahe sein, wo auch der Bankdiskont auf die früheren Normen zurückgehen wird.

## Produkten-Börse.

Berlin, 12. Febr. Wind: NO. Barometer: 28°. Thermometer: 7°. Witterung: Schne. In der Stimmung für Roggen ist im Vergleich zu gestern ein wesentlicher Unterschied zu konstatieren. Die Kauflust hält sehr zurück und Abgeber traten wieder mehr hervor. Der Verkehr ist mäßig belebt gewesen und die Preise haben vom gestrigen höchsten Standpunkte aus merkliche Einbuße erlitten. Im Effektengeschäft herrsche auch matte Stimmung. Signer konnten nur langsam verkaufen; Preise behaupteten sich nicht ganz. Gefündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 42½ R. — Roggenmehl unverändert. — Weizen billiger verkauft. — Hafer lolo behauptet. Termine still und ziemlich unverändert. — Rüddel etwas weniger fest, war jedoch kaum billiger angestossen. Gefündigt 200 Ctr. Kündigungspreis 13½ R. — Spiritus nicht voll preishaltend bei schwächerem Handel. Gefündigt 20,000 Quart. Kündigungspreis 14½ R. — Weizen lolo pr. 2010 Pf. 49—63 R. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per diesen Monat —

Breslau, 12. Februar. Die Börse war in matter Haltung, besonders für Lombarden, die ca. 2 Thlr. wichen, auch österreich. Kredit. ca. 1 Thlr. niedriger. Per ult. fix: Lombarden 134½ bez. u. Gd., österreich. Kredit. 144 bez. u. Br., Amerikaner 92½ Br., Italiener 54½ Br. Offiziell gekündigt: 200 Ctr. Rüddel und 5000 Quart Spiritus. — Refixiert: 200 Ctr. Rüddel, Scheine Nr. 125 und 126. [Schlukurz.] Österreich. Loos 1860. — Minera 50% B. Schlesische Bank 118 G. Österreicherische Kredit-Ganztägten 144 G. Oberschlesische Prioritäten 72½ G. do. do. 81½ B. do. Lit. F. 88½ B. do. Lit. G. 87½ B. do. Lit. H. 87½ B. Rechte Ober-Ufer-Bahn St. Prioritäten 96 B. Breslau-Schweid.-Freib. — Oberschles. Lit. A. u. O. 171½ B. Lit. B. — Rechte Ober-Ufer-Bahn 85½ B. Rosel.-Döberberg — Amerikaner 92½ B. u. B. Italienische Anleihe 94½ G.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 12. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.

Berlin, 12. Februar. Die Börse eröffnete flauer in Folge der ungünstigeren auswärtigen Notrungen und der Pariser Nachrichten, wurde aber, ansehnlich niedriger als gestern. Das Geschäft war nur mäßig, am belebtesten noch in Lombarden und Kredit. Im Übrigen war die Börse sehr flüssig. Eisenbahnen waren belebt, leistete auch ansehnlich höher; Halberstädter B's, sowie Rechte Ober-Ufer-Stamm-prioritäten wurden ebenfalls in großen Posten gehandelt. Banten waren durchschnittlich behauptet. Inländische Fonds ziemlich fest; 4½ prozent Anleihen belebt, Pfandbriefe gefragt, Rentenbriefe wenig verändert; ebenso deutsche Fonds, nur badische 5 prozent. Anleihe wurde in Posen zu pari gehandelt und blieben begehrt; österreichische still, russische milder, nur neue zum Kurs von 83½ sehr belebt. Rumänen fest. Amerikaner still. Prioritäten ziemlich fest, besonders inländische, das Geschäft nur mäßig belebt, österreichische und russische mehr vernachlässigt; amerikanische nicht belebt, als in den letzten Tagen. Wechsle still und wenig verändert. Sächsische Hypotheken-Pfandbriefe 51½ bezahlt.

Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 12. Februar 1870.

Preußische Fonds.

	Ausländische Fonds.
Deut. Metalliques	6½ G
Do. National-Anl.	5
Do. 2500. pr. Dbl.	4 73½ B
Do. 100. Kred. 2.	89½ B
Do. Loos (1860)	5 79½ B
Do. Pr. - Sch. v. 64	67½ B
Do. Silb. Anl. v. 64	5
Do. Bodenr. Pfdr.	87 G
Do. 1854. 55. A. 44	93½ B
Do. 1857. 45	93½ B
Do. 1859. 45	93½ B
Do. 1860. 45	93½ B
Do. 1864. 45	93½ B
Do. 1867 A.B.D.C. 45	93½ B
Do. 1850. 52. Anv. 4	83 G
Do. 1853. 4	82½ G
Do. 1862. 4	82½ B
Do. 1868. A. 4	82½ B
Staats-Guldscheine	3½
Präm. St. 1855	78 B
Kurs. 40 Thlr. Dbl.	57½ etw. B
Kurs. Reum. Schloß	79 B
Überleihen-Dbl.	40 B
Reel. Stadtoblig.	102 B
Do. 1866. 45	93½ B
Do. 1867. 45	93½ B
Do. 1868. 45	93½ B
Do. 1869. 45	93½ B
Do. 1870. 45	93½ B
Do. 1871. 45	93½ B
Do. 1872. 45	93½ B
Do. 1873. 45	93½ B
Do. 1874. 45	93½ B
Do. 1875. 45	93½ B
Do. 1876. 45	93½ B
Do. 1877. 45	93½ B
Do. 1878. 45	93½ B
Do. 1879. 45	93½ B
Do. 1880. 45	93½ B
Do. 1881. 45	93½ B
Do. 1882. 45	93½ B
Do. 1883. 45	93½ B
Do. 1884. 45	93½ B
Do. 1885. 45	93½ B
Do. 1886. 45	93½ B
Do. 1887. 45	93½ B
Do. 1888. 45	93½ B
Do. 1889. 45	93½ B
Do. 1890. 45	93½ B
Do. 1891. 45	93½ B
Do. 1892. 45	93½ B
Do. 1893. 45	93½ B
Do. 1894. 45	93½ B
Do. 1895. 45	93½ B
Do. 1896. 45	93½ B
Do. 1897. 45	93½ B
Do. 1898. 45	93½ B
Do. 1899. 45	93½ B
Do. 1900. 45	93½ B
Do. 1901. 45	93½ B
Do. 1902. 45	93½ B
Do. 1903. 45	93½ B
Do. 1904. 45	93½ B
Do. 1905. 45	93½ B
Do. 1906. 45	93½ B
Do. 1907. 45	93½ B
Do. 1908. 45	93½ B
Do. 1909. 45	93½ B
Do. 1910. 45	93½ B
Do. 1911. 45	93½ B
Do. 1912. 45	93½ B
Do. 1913. 45	93½ B
Do. 1914. 45	93½ B
Do. 1915. 45	93½ B
Do. 1916. 45	93½ B
Do. 1917. 45	93½ B
Do. 1918. 45	93½ B
Do. 1919. 45	93½ B
Do. 1920. 45	93½ B
Do. 1921. 45	93½ B
Do. 1922. 45	93½ B
Do. 1923. 45	93½ B
Do. 1924. 45	93½ B
Do. 1925. 45	93½ B
Do. 1926. 45	93½ B
Do. 1927. 45	93½ B
Do. 1928. 45	93½ B
Do. 1929. 45	93½ B
Do. 1930. 45	93½ B
Do. 1931. 45	93½ B
Do. 1932. 45	93½ B
Do. 1933. 45	93½ B
Do. 1934. 45	93½ B
Do. 1935. 45	93½ B
Do. 1936. 45	93½ B
Do. 1937. 45	93½ B
Do. 1938. 45	93½ B
Do. 1939. 45	93½ B
Do. 1940. 45	93½ B
Do. 1941. 45	93½ B
Do. 1942. 45	93½ B
Do. 1943. 45	93½ B
Do. 1944. 45	93½ B
Do. 1945. 45	93½ B
Do. 1946. 45	93½ B
Do. 1947. 45	93½ B
Do. 1948. 45	93½ B
Do. 1949. 45	93½ B
Do. 1950. 45	93½ B
Do. 1951. 45	93½ B
Do. 1952. 45	93½ B
Do. 1953. 45	93½ B
Do. 1954. 45	93½ B
Do. 1955. 45	93½ B
Do. 1956. 45	93½ B
Do. 1957. 45	93½ B
Do. 1958. 45	93½ B
Do. 1959. 45	93½ B
Do. 1960. 45	93½ B
Do. 1961. 45	93½ B
Do. 1962. 45	93½ B
Do. 1963. 45	93½ B
Do. 1964. 45	93½ B
Do. 1965. 45	93½ B
Do. 1966. 45	93½ B
Do. 1967. 45	93½ B
Do. 1968. 45	93½ B
Do. 1969. 45	93½ B
Do. 1970. 45	93½ B
Do. 1971. 45	93½ B
Do. 1972. 45	93½ B
Do. 1973. 45	93½ B
Do. 1974. 45	93½ B
Do. 1975. 45	93½ B
Do. 1976. 45	93½ B
Do. 1977. 45	93½ B
Do. 1978. 45	93½ B
Do. 1979. 45	93½ B
Do. 1980. 45	93½ B
Do. 1981. 45	93½ B
Do. 1982. 45	93½ B
Do. 1983. 45	93½ B
Do. 1984. 45	93½ B
Do. 1985. 45	93½ B
Do. 1986. 45	93½ B
Do. 1987. 45	93½ B
Do. 1988. 45	93½ B
Do. 1989. 45	93½ B
Do. 1990. 45	93½ B
Do. 1991. 45	93½ B
Do. 1992. 45	93½ B
Do. 1993. 45	93½ B
Do. 1994. 45	93½ B
Do. 1995. 45	93½ B
Do. 1996. 45	93½ B
Do. 1997. 45	93½ B
Do. 1998. 45	93½ B
Do. 1999. 45	93½ B
Do. 2000. 45	93½ B
Do. 2001. 45	93½ B
Do. 2002. 45	93½ B
Do. 2003. 45	93½ B
Do. 2004. 45	93½ B
Do. 2005. 45	93½ B
Do. 2006. 45	93½ B
Do. 2007. 45	93½ B
Do. 2008. 45	93½ B
Do. 2009. 45	93½ B
Do. 2010. 45	93½ B
Do. 2011. 45	93½ B
Do. 2012. 45	93½ B
Do. 2013. 45	93½ B
Do. 2014. 45	93½ B
Do. 2015. 45	93½ B
Do. 2016. 45	93½ B
Do. 2017. 45	93½ B
Do. 2018. 45	93½ B
Do. 2019. 45	93½ B
Do. 2020. 45	93½ B
Do. 2021	